Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".** [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43. **Mittwoch den 21. Februar 1900.** **7. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

Der Entwurf einer neuen Seemanns-Ordnung.

V.

Berlin, 17. Februar 1900.

Eine weitere, sehr bedeutsame Forderung der Seeleute ist die Einführung der „Seeschöffengerichte". Auch hiergegen ist, ebenso wie gegen das Koalitionsrecht, ein wahrer Sturm der Entrüstung entfesselt worden. Aus dieser Entrüstung ist auch der „Seeadvokat" des Herrn Kapitän Landerer-Hamburg, hervorgegangen. Und doch ist die Forderung so selbstverständlich, das eigentlich gar nicht mehr darüber geschrieben werden sollte, sondern daß man einfach der Forderung nach Seeschöffengerichten Rechnung tragen sollte.

Nehmen wir einmal die Seemannsordnung vom 27. Dezember 1872 und auch den jetzigen Regierungs-Entwurf einer neuen Seemannsordnung zur Hand, so werden wir finden, daß man dem Seemann eine Unmasse von Verpflichtungen auferlegt hat, daß aber Rechte für ihn wenig, oder fast gar nicht vorhanden sind.

Die Vorfälle sind gar nicht so selten, wo Schiffsleute wegen irgend eines Dienstvergehens in der Aufregung ins Schiffsjournal eingetragen und später bei der Abmusterung vom Seemannsamt — das vielfach nur von einer Person, nämlich dem Wasserschout, zusammengesetzt ist — zu nicht unbedeutenden Geldstrafen verurtheilt worden sind. Will sich ein Schiffsmann diesem Urtheilsspruch nicht fügen, so steht ihm wie jeden anderem Statsbürger das Recht zu, den Civilklageweg zu beschreiten. Was nun aber bei jedem am Lande lebenden nicht allzu schwierig ist, ist bei dem Seemann in den meisten Fällen schon aus dem Grunde undurchführbar, weil seine Schiffsgenossen, die er in einer eventuellen Gerichtsverhandlung als Zeugen dafür zur Stelle haben müßte, daß ihm sowohl seitens des Schiffers oder eines sonstigen Vorgesetzten, sowie auch Seitens des Seemannsamts Unrecht geschehen ist, gleich nach der Abmusterung in alle Winde zerstoben, für ihn also nicht mehr erreichbar sind. Dazu kommt, daß der Seemann in den wenigsten Fällen den langsamen Gang der Civilgerichte abzuwarten in der Lage ist. Seine wirthschaftliche Lage zwingt ihn, sobald als möglich eine neue Heuer zu bekommen, und daher kommt es denn auch sehr oft vor, daß der Seemann lieber die erfahrene Ungerechtigkeit stillschweigend, wenn auch mit Ingrimm im Herzen, duldet und dafür je eher je lieber versuchen wird, auf einem Schiffe fremder Nation — mit Vorliebe auf englischen oder amerikanischen — Dienste zu nehmen.

Anders liegt die Sache, wenn der Schiffsmann vor dem Seemannsamt eine Beschwerde gegen seinen Schiffer oder dessen Stellvertreter vorbringen will. In diesem Falle wird er fast stets vom Seemannsamt auf den Klageweg verwiesen. Richtet sich seine Beschwerde gegen Mißhandlungen oder sonstige Ueberschreitungen der Disziplinargewalt des Schiffers oder dessen Stellvertreters, so liegt in neun von zehn Fällen für die Staatsanwaltschaft „kein öffentliches Interesse" zur Erhebung der Anklage gegen den oder die Betreffenden vor, und wird auch hier der Civilklageweg empfohlen.

Das „öffentliche Interesse" wird aber sofort erweckt, wenn sich der Schiffsmann eines gröblichen Dienstvergehens oder gar einer Gehorsamsverweigerung u. drgl. schuldig gemacht hat.

Nun ist es ja selbstverständlich, daß zur Zeit der überwiegenden Segelschifffahrt ein Bedürfniß für die Einrichtung von Seeschöffengerichten gar nicht hervortrat. Einmal waren die auf dem Schiff zusammen Lebenden an sich völlig gleichwerthig. Alle hatten von der Pike auf gedient. Jeder füllte seinen Platz voll und ganz aus. Der Dienst ging seinen geregelten Gang wie ein Uhrwerk. Alles klappte. Gewiß sind auch damals auf den Schiffen genug Mißhandlungen begangen worden. Aber meistentheils wurden diese gegen die armen Schiffsjungen, niemals jedoch, oder doch nur in verschwindend seltenen Fällen, gegen Erwachsene, befahrene Leute begangen. Warum? Nun einmal war sich der Schiffer wohl bewußt, daß er im Interesse von Schiff und Ladung den Bogen nicht zu straff spannen durfte, dann war auch mit dem damaligen Matrosen durchaus nicht zu spaßen. Sie wußten sich schon, ohne sich der Meuterei schuldig zu machen, durch festes energisches Auftreten etwaiger tyrannischer Gelüste des Schiffers zu erwehren. Und wo eine solche Crew (Besatzung) an Bord war, da wurde auch dem Schiffsjungen kein Haar gekrümmt.

Haben wir damals etwas von Selbstmorden u. dgl. gehört? Nein, und wo doch hin und wieder dergleichen vorgekommen sein mag, da sind in neun von zehn Fällen klimatische Einwirkungen (Sonnenstich 2c.) die Ursachen gewesen. Heute brauchen wir nur in Hamburg oder Bremen eine Zeitung in die Hand zu nehmen, und wir werden sehr oft Notizen finden, daß in Folge Mißhandlungen Schiffsleute über Bord gegangen sind. Die Seeämter haben sich demnoch auch mehr mit den Selbstmorden der Heizer und Trimmer als mit Schiffsunfällen zu befassen. Auch die Strafkammern in den Seestädten haben sehr oft Gelegenheit, über begangene viehische Rohheiten auf den Schiffen ihre Urtheilssprüche zu fällen.

Das alles kann doch heute von Niemanden mehr ernstlich bestritten werden. Und da auf der Ostsee noch vorwiegend der kleine und mittlere Betrieb vorherrscht, in Folge dessen auch die Erscheinungen nicht vorkommen, wie sie in der transatlantischen Fahrt leider zu dem Alltäglichen gehören, so ist doch der Beweis geliefert, daß im Großschifffahrtsbetrieb sich Uebelstände entwickelt haben, die den Gesetzgeber verlassen sollten, so schnell als möglich die denkbar stärkste Schutzwehr für Leben und Gesundheit der Seeleute zu errichten, umsomehr als in absehbarer Zeit sich der Großschifffahrtsbetrieb auch die Ostsee erobern wird, womit dann auch hier dieselben Uebelstände Platz greifen werden.

Wie denken sich nun die Seeleute die Zusammensetzung eines „See-Schöffengerichts"? Wir glauben, hier uns auf die Verhandlungen des zweiten deutschen Seemannskongresses in Hamburg 1899 berufen zu dürfen.

Der Referent zum 4. Punkt der Tagesordnung: „Der Gerichtsstand der Seeleute", Hoffmann-Hamburg, denkt sich die Zusammensetzung der See-Schöffengerichte folgendermaßen:

„Das Seemannsamt, das sich aus der Musterungsbehörde zusammensetzt mit dem Schout als Vorsitzenden an der Spitze, erledigt in erster Instanz alle Sachen und trifft eine Entscheidung. Die §§ 104 und 106 der S.-O. müssen in der Weise abgeändert werden, daß nicht nur Streitigkeiten zwischen Schiffer und Schiffsmann, sondern auch zwischen Rheder und Schiffsmann vor das Forum des Seemannsamtes kommen. In jedem Fall ist eine Entscheidung zu treffen. Dem Seemannsamt beigeordnet wird das aus einem juristischen Vorsitzenden und aus seemännischen Kreisen gewählten Beisitzern zusammengesetzte See-Schöffengericht, welches die zweite Instanz bildet und vor dessen Forum alle Berufungssachen aus der ersten Instanz und alle Sachen, welche der Schiffsmann bisher auf dem Zivilklagewege geltend machen mußte, gelangen. Die Entscheidungen sind vorläufig vollstreckbar. Gegen die Entscheidung des See-Schöffengerichts erfolgt die Berufung in den Fällen, wo nach §§ 24—70 der S.-O. entschieden wurde, an das Ober-Seemannsamt, dem ebenfalls aus seemännischen Kreisen zu berufende Beisitzer angehören. In den Fällen, wo es sich um die §§ 81, 84, 86 und 94 handelt, also Strafsachen in Betracht kommen, erfolgt die Berufung an das Landgericht, soweit sie nicht von vornherein dessen Kompetenz unterstehen. Besondere Schwierigkeiten dürften der Einführung dieser Gerichte kaum im Wege stehen. Die See-Schöffengerichte haben das gleiche Aussehen wie die übrigen Schöffengerichte und die Oberseemannsgerichte wären den Handelsgerichten gleich zu achten."

So selbstverständlich es nun an und für sich sein müßte, jeden nur irgend gangbaren Weg zu beschreiten, um die Seeleute vor allzugroßer Willkür zu schützen, so unverständlicher ist es, daß von Seiten der Regierung nichts gethan wird, um die so kraß zu Tage tretenden Uebelstände im Großschifffahrtsbetrieb in ihren Begleiterscheinungen nur irgend wie zu mildern. Es bleibt eben alles beim Alten, wie aus der Begründung der Regierung hervorgeht.

Die Regierung begründet ihre ablehnende Haltung zu den See-Schöffengerichten in sehr ausführlicher Weise folgendermaßen:

„Die auf Einführung von Seeschöffengerichten abzielenden Bestrebungen gehen, wie die vor der Technischen Kommission für Seeschifffahrt erfolgte Vernehmung von Auskunftspersonen ergeben hat, nicht etwa dahin, daß zu den ordentlichen Schöffengerichten, welche erst auf Einspruch gegen die vorläufigen Strafbescheide der Seemannsämter (§ 191 der S.-O. vom 27. 12. 92) erkennen, Personen aus dem Stande der Schiffsleute als Beisitzer zugezogen werden, was sich auch mit den Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes nicht wohl vereinigen ließe. Was in den Kreisen der Schiffsleute erstrebt wird, ist eine Betheiligung ihres Standes an der ersten Entscheidung. Es steht fest, daß von der Befugniß zum Einspruche gegen die Straffestsetzungen der Seemannsämter wenig Gebrauch gemacht wird, zweifelsohne zum Theil aus dem Grunde, weil es den Seeleuten vielfach an Zeit mangelt, die im ordentlichen Gerichtsverfahren ergehende Entscheidung abzuwarten, vielleicht aber auch deshalb, weil sie bei den Schöffengerichten für eine ausreichende Kenntniß der einschlägigen Verhältnisse keine Gewähr erblicken. Liegt hiernach der Schwerpunkt des auf der Seemannsordnung beruhenden strafrechtlichen Verfahrens in der ersten, wenn auch formell nur vorläufigen Entscheidung, so ist das Bestreben erklärlich, für diese Entscheidung eine Mitwirkung von Standesgenossen zu erreichen. In einzelnen Schifffahrtsvereinen ist vorgeschlagen worden, diese Entscheidung den Seemannsämtern, denen dann nur das Musterungswesen und die privatrechtlichen Streitigkeiten zwischen Schiffer und Schiffsmann verbleiben würden, zu entziehen und einem besonderen Seeschöffengericht zu übertragen, welches nach dem Vorbilde der zur Untersuchung der Seeunfälle der Kauffahrteischiffe berufenen Seeämter aus einem rechtskundigen Beamten als Vorsitzenden und aus schifffahrtskundigen Beisitzern zusammenzusetzen wäre. Für eine solche Einrichtung kann ein Bedürfniß nicht anerkannt werden. Muß es schon grundsätzlich bedenklich erscheinen, neben den ordentlichen Gerichten neue Sondergerichte zu schaffen, so würden derartige Seeschöffengerichte, wenn sie leicht erreichbar und dementsprechend in größerer Zahl vorhanden sein sollen, zweifellos keine genügende Beschäftigung haben und einen Kostenaufwand verursachen, der mit dem Erfolge nicht im richtigen Verhältnisse stände. Eine organische Verbindung mit den Seeämtern aber, deren zur Zeit je eines in den preußischen Küstenprovinzen und in den außerpreußischen Bundesstaaten besteht, würde wegen ihrer verhältnißmäßig schwierigen Erreichbarkeit unzulänglich sein. Denn es ist klar, daß für die Austragung von Strafangelegenheiten, die im Wesentlichen an Verstöße gegen die Schiffsdisziplin anknüpfen, und sich alltäglich abspielen, die Untersuchungsstelle näher liegen muß, als für die Untersuchung der doch nur selteneren Seeunfälle. Auch die Beschaffung von Beisitzern würde schwierig sein.

Um den Wünschen der Schiffsleute nach Thunlichkeit Rechnung zu tragen, ist bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs ein anderer Vorschlag zur Erörterung gestellt worden, wonach für die Strafentscheidungen auf Grund der Seemannsordnung die inländischen Seemannsämter stets mit drei Mitgliedern zu besetzen wären, zu denen ein befahrener Schiffer oder Schiffsoffizier und ein befahrener Schiffsmann zählten, während im Auslande solche Beisitzer wenigstens nach Möglichkeit zuzuziehen wären. Der Vorschlag stützte sich auf die Thatsache, daß in Preußen und in Oldenburg die Seemannsämter vermöge landesrechtlicher Vorschrift schon gegenwärtig kollegialisch zusammengesetzt sind, wenngleich eine Mitwirkung von Schiffsleuten als Beisitzer nicht vorgeschrieben ist. Bei näherer Erwägung stellten sich jedoch auch diesem Vorschlag ernste Bedenken entgegen. Im Auslande würde es nach übereinstimmender Meinung der gehörten Konsulate nicht möglich sein, Beisitzer mit den geforderten Eigenschaften ohne unzulässige Verzögerungen des Schifffahrtsbetriebes heranzuziehen, und dieselbe Schwierigkeit ist von der Mehrzahl der Bundesregierungen auch für den Schiffsverkehr in den inländischen Hafenplätzen geltend gemacht worden. Sodann aber erscheint es aus Rücksichten der Disziplin und der Autorität des Schiffers nicht rathsam, auch bei der Entscheidung über disziplinare Zuwiderhandlungen Schiffsleute als Richter mitwirken zu lassen. Jedenfalls muß unter diesem Gesichtspunkte von der Mitwirkung von Schiffsleuten desselben Schiffes abgesehen werden; die Heranziehung anderer deutscher Schiffsleute aber würde in der Regel nicht ausführbar sein und überdies des Vorzugs entbehren, daß der Beisitzer mit den Verhältnissen und Einrichtungen auf dem Schiffe vertraut ist, an dessen Bord die Zuwiderhandlung geschah.

In Würdigung dieser Bedenken hat der Entwurf von einer reichsgesetzlichen Regelung der Frage abgesehen, es vielmehr (im § 4) bei der Vorschrift belassen, daß die Einrichtung der Seemannsämter im Inlande den Landesregierungen nach Maßgabe der Landesgesetze zusteht.

Für die aus dem Dienstverhältnisse (Heuervertrag) entstehenden Streitigkeiten privatrechtlicher Natur wird nach ausdrücklicher Erklärung der Auskunftspersonen eine etwa den Gewerbegerichten entsprechende besondere Stelle von den Schiffsleuten nicht gewünscht. In dieser Beziehung wird vielmehr den bestehenden Seemannsämtern, auch wo sie, wie in den Hansestädten, nur aus einem Einzelbeamten (Wasserschout) bestehen, Vertrauen entgegengebracht.

Wir zweifeln, ob die Regierung mit der Begründung ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Einführung von Seeschöffengerichten unter Betheiligung der Schiffsleute auch vor dem Reichstage Glück haben wird.

Das Schicksal aller, nur scheinbar den Interessen der Arbeiter dienenden Gesetzentwürfe der letzten Zeit, läßt die Befürchtungen nicht verschwinden, daß es auch dem noch immer im Schooße des Bundesraths schlummernden Entwurf einer neuen Seemannsordnung nicht besser ergehen wird, falls er einst das Licht der Welt erblicken und diskutirt werden sollte.

Die „Seeadvokaten" werden auf alle Fälle ihre Schuldigkeit thun und versuchen, die neue Ordnung so zu gestalten, daß sie auch für die heutige Seefahrt brauchbar wird.

Dixi.

Berichtigung. Im dritten Artikel ist durch Fortlassung zweier Worte der Sinn entstellt worden; wir fühlen uns daher veranlaßt, den Satz seinem Wortlaute nach noch einmal wiederzugeben. Auf Spalte 3 (Nr. 39 u. Bl.) mußte es zu Ende des viertletzten Absatzes von unten heißen: „Anderntheils solche, welche jenseits des „großen Wassers" nicht das gefunden, was sie dort gesucht haben, und die nun bestrebt sind, als „Ueberarbeiter", d. h. wenn nichts anderes sich bietet, sogar wieder „als Schiffsjungen" den heimathlichen Strand zu erreichen."

Politische Rundschau.

Deutschland.

Von der deutschen Schlachtflotte. Der englische Kriegsminister erklärte jüngst im Oberhaus: „Wir, die größte Weltmacht, befinden uns im Kriege mit zwei kleinen Staaten, die nicht über eine Bootsbemannung verfügen und in Folge dessen seitens unserer machtvollen Flotte unverwundbar sind. Wir sind in der Lage eines starken Mannes, der mit dem rechten Arm auf den Rücken gebunden kämpft, aber der rechte Arm ist ungeschwächt, ist stärker, als er bis jetzt in der Geschichte unseres Landes gewesen ist." Dieser Ausspruch gerade in diesem Augenblick der deutschen Flottenrüstungen giebt sehr zu denken. Also einen Gegner ohne Kriegsflotte fürchten die Engländer mehr als einen Feind, der neben der Landarmee auch noch über Panzerschiffe verfügt! Woher kommt das? Der Gedankengang des englischen Kriegsministers ist nicht schwer zu errathen. Hätten die Buren eine Kriegsflotte, so würde das vor Allem eine Zersplitterung ihrer Streitkräfte bedingen. Während ein Theil ihres Heeres sich auf das hohe Wasser begeben müßte, würde weniger auf dem Lande bleiben, um das heimische Gebiet zu vertheidigen. Der Krieg würde auf zwei verschiedenen, von einander völlig getrennten Gebieten zur Entscheidung kommen. Kämen die Engländer auf dem Lande nicht vorwärts, so könnte eine gewonnene Seeschlacht sie dafür regaliren. Das würde des Eindrucks auf die öffentliche Meinung nicht verfehlen, auch der Muth ihres Landheeres wäre dadurch gehoben, während die Buren unter dem moralischen Druck ihrer Verluste auf der See jenen gewaltigen Kaltmuth, jene ruhige Besonnenheit, mit der sie jetzt ihre Operationen gegen die Engländer leiten, nicht würden aufrecht erhalten können. Berücksichtigt man diese Verhältnisse, so können die Engländer allerdings den Buren nichts herzlicher wünschen, als möglichst viel Panzerschiffe.

Wie stehen nun die Dinge in Deutschland? Es ist bereits aller Welt offenkundig geworden, daß die deutsche Regierung keine Vertheidigungs-, sondern eine förmliche Schlachtflotte rüstet. Sie begiebt sich also freiwillig in jene Lage, welche der englische Kriegsminister so sehr herbeiwünscht: sie will den Engländern die Möglichkeit geben, im Falle eines Kriegs gegen Deutschland auch deren rechten, den „stärksten" Arm zu gebrauchen. Wird der allerneueste deutsche Flottenplan ausgeführt, so wird im Kriegsfalle Deutschland rund 100 000 Mann auf die See schicken, lauter junge, kräftige Leute, die Auslese der Armee. Das hat schon was zu bedeuten! Denn wenn auch die deutsche Armee im Kriege nach Millionen zählt, so liegt doch zweifellos das Schwergewicht in der rüstigen Jugend und nicht in der älteren Reserve. Welchen Eindruck eine verlorene Seeschlacht — und die Seeschlachten sind die blutigsten — in Deutschland machen würde, kann man sich schon denken. Man spricht in Deutschland gerne von einem Krieg mit zwei Fronten. Man denke nur an die Eventualität eines Bündnisses zwischen Frankreich und England: die Gegner könnten gar nichts Besseres wünschen, als daß eine deutsche Armee sich bereitwilligst zur See begiebt, um mit den Engländern zu kämpfen, statt den Engländern den Zutritt nach Deutschland zu wehren, was anerkanntermaßen mit geringen Mitteln geschehen kann, und die ganze militärische Macht gegen Frankreich zu konzentriren.

Moltke war ein Stratege, dem wohl auch Herr Tirpitz eine gewisse Sachkenntniß nicht wird abstreiten wollen. Und Moltke sah für den Krieg nur eine Vertheidigung der Küste voraus, keine Flottenschlachten.

Wenn wir die Marinerüstungen ablehnen, so thun wir es von unserem grundsätzlichen Standpunkte aus, der ein wirthschaftlicher und politischer ist. Doch wo die militärische Begründung eine so ungenügende, sogar falsche ist, ist es schwer, daran nicht Kritik zu üben.

Im Wahlkreis Calbe-Aschersleben wird von den Nationalliberalen nach alter Gewohnheit kräftig weitergelogen. Die patriotischen Redner hausiren vornehmlich mit dem Schwindel, der sozialdemokratische Kandidat werde im Falle der Wahl das Mandat nicht annehmen. So erklärte in einer Wählerversammlung in Groß-Salze Herr Dr. Scheel: „Wir müssen allerdings sorgen, daß unser Abgeordneter gewählt wird. Denn wird Redakteur Schmidt gewählt, so wird er in 3 bis 5 Tagen sein Mandat niederlegen und wir stehen von Neuem vor einem erbitterten Wahlkampfe. (Zwischenruf: Das ist nicht wahr!) Wir müssen deshalb alle Kraft einsetzen, damit wir siegen, denn zum zweiten Male würden wir kaum siegen, weil verschiedene Herren wahlmüde geworden wären. Es wäre mir außerordentlich angenehm, wenn der Herr, welcher sich vorhin meldete, sprechen wollte." Daraufhin meldete sich ein Parteigenosse aus Schönebeck zum Wort, um die Ausführungen des Referenten zu berichtigen. Da aber, so heißt es in einem Bericht über die Versammlung, nur Groß-Salzer Herren eingeladen waren, so wurde ihm das Wort nicht ertheilt.

Auch mit der „Majestätsbeleidigung" gehen die Nationalliberalen fleißig krebsen. Die Kreisblätter verkünden übereinstimmend:

„Der 26. Februar naht, der Tag, an welchem es sich erweisen wird, ob das freie Bürgerthum, welches entschlossen ist, Vaterland und Kaiserthum zu schützen und zu wahren, in unserem Wahlkreise überwiegt, oder ob die Gewaltherrschaft der Sozialdemokratie mit ihren staatszerstörenden Bestrebungen obsiegt. Nicht mehr auf das papierne, sozialrevolutionäre Programm beschränkt sich jetzt die Aechtung der Monarchien und der konstitutionellen Staatengebilde, sondern die Sozialdemokratie ging zu einem Angriff über auch gegen den Träger des Königthums, gegen die Person unseres Kaisers Wilhelm II. In unserem Wahlkampfe dreht es sich also nicht um die Frage, wie es die Sozialdemokratie verschleiernd gern hinstellen möchte, ob der Majestätsparagraph gut oder schlecht sei, sondern um die Frage, ob wir einen Mann mit dem höchsten Ehrenamte, mit dem Reichstagsmandate dafür belohnen wollen, daß er unseren Kaiser, in dem sich die Ehre der ganzen Nation verkörpert, verächtlich zu machen versucht."

Augenscheinlich werden die Wähler im Kreise Calbe-Aschersleben von den Nationalliberalen äußerst niedrig eingeschätzt; sonst würde man vorsichtigerweise an die Majestätsbeleidigungsprozesse, die seit dem Regierungsantritt und den öffentlichen Reden, Trinksprüchen und Telegrammen Wilhelms II. gradezu epedemisch geworden sind, nicht sprechen.

Das bayerische Zentrum genoß bisher den Ruhm, es in Militär- und Marineangelegenheiten am genauesten zu nehmen. Um so merkwürdiger ist eine Rede, die der Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Jäger in Kempten hielt. Nach der „Augsb. Postztg." führte er dabei über die Flottenvorlage aus:

„Wenn man eine Flotte haben wolle, dann müsse man eine starke Flotte haben oder gar keine. Aber deswegen brauche man noch nicht eine Flotte zu haben, die es mit jedem Gegner aufnehmen kann. Zuzugeben sei, daß wir eine starke Flotte brauchen. Aus diesem Grunde ist Redner auch dafür, daß die Flotte verstärkt wird. Jedenfalls aber dürfen die Mehrkosten nicht durch neue indirekte Steuern aufgebracht werden: die Kosten müssen den stärkeren Schultern aufgebürdet werden, wie es bereits in der letzten Flottenvorlage erforderlichen Falles vorgesehen ist, und die Deckungsfrage muß gelöst werden, ehe die Flotte bewilligt wird."

Diese Auffassung kam sodann auch in der von der Versammlung (des kathol. Männervereins) angenommenen Resolution zum Ausdruck, in der es heißt:

„Wir halten eine starke deutsche Kriegsflotte, deren Schiffszahl auf Grund eingehendster Berathung vom Reichstage festzusetzen ist, für ein Gebot patriotischer Pflicht.

Wir sind uns darüber klar, daß die Schaffung und Erhaltung einer solchen Flotte ohne Erschließung neuer Finanzquellen nicht durchführbar ist: wer eine starke Flotte will, muß auch zu zahlen bereit sein."

Als Mittel zur Deckung schlug der Verein Zuschläge zu den direkten Steuern von höchstens 1 Mk. pro Jahr und Kopf vor, wodurch aber der Bedarf nicht gedeckt würde. Bereitet sich demnach im Zentrum ein neuer Umfall vor und soll diesmal das Signal dazu gar aus Bayern kommen?

Aus den Reihen der Gegner der Waarenhäuser beginnen bereits die Erklärungen, daß der Gesetzentwurf der Regierung unzulänglich sei. Der „Reichsbote" schreibt:

„Wir fürchten, der Mittelstand wird durch diese Vorlage, auch wenn sie Gesetz wird, nur um eine bittere Enttäuschung reicher; ihm könnte das Gesetz nur nützen; wenn die Steuer so hoch wäre, daß sie die Waarenhäuser zum Eingehen zwänge. Daran ist aber nicht zu denken, auch wenn man bei dem größten Umsatz die Steuer progressiv noch etwas erhöht. Wir können deshalb nur wiederum sagen: wenn man die Waarenhäuser für ein Verderben für den dem Staat und der Gesellschaft so nöthigen Mittelstand betrachtet, dann muß man sie einfach verbieten; denn durch die Steuer werden sie für den Mittelstand nicht unschädlich gemacht. Früher entgegnete man uns immer, man könne keine Definition von einem Waarenhaus geben und sie also nicht treffen; die Vorlage beweist aber, daß man das kann, und wenn man sie mit der Steuer treffen kann, so kann man ihre Errichtung auch verbieten, und das wäre des Staates würdiger, als sie erst entstehen zu lassen und sie dann durch eine hohe Steuer wieder todt zu machen oder zu drangsaliren.

Schließlich empfiehlt das Blatt, die Feuergefährlichkeit zum Vorwande des Verbots zu nehmen.

Kleine politische Nachrichten. Im Reichstage sind am Montag Vormittag in einer vertraulichen Vorbesprechung die angekündigten Versuche aufgenommen worden, über die sog. lex Heinze für die dritte Lesung eine Verständigung herbeizuführen. An dieser Konferenz nahmen theil Staatssekretär Dr. Nieberding, die Abgg. Dr. Oertel (K.), Dr. Stockmann (Rp.), Dr. Esche (NL.) und Roeren (Z.). — Die Bildung des Zuckerkartells ist einstweilen nicht gelungen. Die Raffinerien sind dafür gewonnen, die Rohzuckerfabriken jedoch noch nicht, wenigstens nicht in der erforderlichen Anzahl. Wie die „Deutsche Zuckerindustrie" berichtet, fand am 10. d. M. in Berlin eine Generalversammlung des Syndikats deutscher Zuckerraffinerieen statt, in der auch einige das Kartell betreffende Festsetzungen getroffen wurden. Alle Beschlüsse von wesentlicher Bedeutung wurden einstimmig gefaßt, und der Verlauf der Versammlung gab Zeugniß, daß das Kartell unter den Raffinerien keinerlei Gegnerschaft mehr findet. Das Zustandekommen hänge aber von den Rohzuckerfabriken ab, von denen eine Anzahl ihre Zustimmung noch nicht gegeben hat. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens sei daher noch ganz unbestimmt. Noch wäre es also Zeit für die interessirten Kreise, dem Kartell entgegenzuarbeiten. — Die Hiobsposten von dem „Platze an der Sonne" lauten immer bedenklicher. Die Eisenbahnarbeit in Schantung ist eingestellt; die Ingenieure sind abberufen worden. In Peking macht man keine Anstalten, den Aufstand niederzuhalten. Eine Abtheilung von 180 Mann mit vier Geschützen verließ Tsingtau, um das Leben und Eigenthum der Deutschen im Hinterlande zu schützen.

Belgien.

Der jüngste Kammerskandal, über den wir bereits unter „Kleine politische Nachrichten" kurz berichteten, hat seinen Ursprung in der scharfen sozialistischen Kritik kapitalistischer Korruption in den beiden Sitzungen der Kammer vom 14. und 15. Febr. Auf der Tagesordnung stand der schon seit 8 Wochen die Kammer beschäftigende Gesetzentwurf, der das Fortbestehen der belgischen Nationalbank auf weitere 30 Jahre verordnet, der von der sozialistischen Linken auf das Erbittertste, unter Führung des Sozialisten Denis, bekämpft und von dem Ministerium und der klerikalen Rechten entschieden vertheidigt wurde. Schon in der Mittwochssitzung kam es nach einem Bericht der „Voss. Zeitung" zu bösen persönlichen Auseinandersetzungen. Der Minister Liebaert hatte dem Sozialisten Denis eine sophistische Politik voller Widersprüche vorgeworfen. Die Sozialisten erwiderten, daß die Regierung und die Rechte thatsächlich im Dienste der Bank des Kapitalismus ständen und bei dieser Vorlage nur ihre persönlichen Interessen verträten. „Sie erhalten für Ihre Vertheidigung", rief Sozialist Cavrot der Rechten zu, „Anweisungen auf die Kasse!" „Sie sind", rief Sozialist Demblon, „im Ganzen und Einzelnen verkäuflich!" Als nun die Donnerstagssitzung eröffnet wurde, erklärte Präsident Snoy, daß er die ehrenrührigen Worte, die auf der Linken gestern gefallen, nicht gehört habe. Im Uebrigen wünsche er, daß der Zwischenfall damit erledigt sei. Da erhob sich Sozialist Demblon zu einer donnernden Rede und erklärte, daß der Zwischenfall nicht geschlossen sei. „Ich werde beweisen, daß die Rechte im Dienste der Bank steht. Die Linke vertheidigt die öffentlichen Interessen, die Rechte die Interessen eines Syndikates von Finanzmännern." Demblon verlas nunmehr unter dem Toben der Rechten ein Verzeichniß ehemaliger Minister, Senatoren und Abgeordneter, die sämmtlich mit hohen Besoldungen theils bei der Bank selbst, theils bei ihren Filialen und von ihr abhängigen Finanzgesellschaften angestellt gewesen. Als der Abg. Liebaert Minister wurde, ist sein Bruder an seine Stelle in die Filiale der Nationalbank eingetreten. Der christliche Demokrat Carto rief zornig dem Sozialisten Demblon zu, er sei ein Feigling, worauf Demblon mit erhobener Faust auf Carton losstürzte und ihm eine Ohrfeige verabreichte. Es kam zu einem allgemeinen Toben; man suchte die beiden Kämpfenden zu trennen. Der Präsident vertagte die Sitzung. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung beantragte Präsident Snoy, den Sozialisten Demblon auf 14 Tage aus den Kammersitzungen auszuschließen. Darüber kam es zu einer Debatte, in welcher die sozialistische Linke auf das Entschiedenste für Demblon eintrat und die Veröffentlichung „eines Gothaer Almanachs der großen Spitzbuben Belgiens" ankündigte. „Sie sind unter jeder Kritik!" rief Sozialist Furnemont dem Präsidenten zu. Demblon selbst, zum Worte zugelassen, verlas nunmehr ein langes Verzeichniß von jetzigen Senatoren und Abgeordneten, die im Dienste der Nationalbank ihrer Filialen und Finanzgesellschaften stehen. Der Abgeordnete De Lantsheere bezieht jährlich 50 000 Frks. als Vizegouverneur der Bank; der klerikale Abgeordnete Bethune ist an 12, der klerikale Abgeordnete De Borchgrave ist an 13, die klerikalen Abgeordneten De Ramaix an 8, der Graf v. Ursel an 4, Fris an 8, Meseus an 9 Finanzgesellschaften betheiligt, die Senatoren De Volder, Magis, die klerikalen Abgeordneten Koch, Ancion, Merode, De Brocqueville, Kammerpräsident Beernaert, Minister de Favereau, die klerikalen Senatoren Stienon, du Prel — sie sind alle im Dienste der Finanzgesellschaften. „Ihre Religion ist nur ein Vorhang, welcher die Saturnalien der Finanz, des Weihwedels und des Königthums verdeckt, aber das Volk erwacht und wird diesen skandalösen Mißbräuchen ein Ziel setzen." Wie ein Mann erhob sich die Rechte für die Ausschließung Demblons. Da Derselbe sich aber weigerte, den Sitzungssaal zu verlassen, so mußte die Sitzung aufgehoben werden. Die Sozialisten haben beschlossen, durch öffentliche Anschläge die Namen aller Senatoren und Abgeordneten bekannt zu machen, die an der Erneuerung des Privilegiums der Nationalbank ein Interesse haben.

Frankreich.

Zur Spionageaffäre. Der Disziplinarrath des Marineministeriums forderte den Beamten des Marineministeriums Philippe, dessen Machenschaften der „Intransigeant" enthüllt hat, auf, innerhalb einer bestimmten Frist zu erscheinen zur Vertheidigung gegen die Beschuldigung, der englischen Botschaft Spionagedienste geleistet zu haben. Eine Note der englischen Botschaft in Paris stellt in aller Form in Abrede, daß irgendwelche Beziehungen zwischen der Botschaft und einem Beamten des französischen Marineministeriums bestanden hätten.

Der neue Zolaprozeß beginnt am 9. März in Versailles. Labori trifft Vorbereitungen, daß diesmal eine gründliche Durchführung in der Art des Pariser Zola-Prozesses von 1898 erwartet wird.

Vor dem Pariser Staatsgerichtshof begann am Montag die Verhandlung gegen Marcel Habert. Es herrschte nur geringer Andrang. Nur diejenigen Senatoren, welche an dem ersten Prozeß theilgenommen hatten, sind zugegen, als der Angeklagte hereingeführt wurde.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze fließen die Nachrichten jetzt sehr reichlich. Die Engländler haben Erfolge gehabt und gleich wird der Telegraph gesprächig. Es liegen Nachrichten über neue Kämpfe von allen Plätzen vor. General Buller in Natal hat einen neuen Vorstoß gegen Ladysmith unternommen. Im Norden der Kapkolonie werden die Engländer hart bedrängt. Das Hauptinteresse konzentrirt sich aber auf die Vorgänge auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Der Verlauf von Roberts Flankenmarsch ist auch heute noch keineswegs klar. Nach dem „Daily Chronicle" hätte am Donnerstag, als die 6. Division Jacobsdal geräumt hatte, nach French nordwärts zu folgen, die Buren den Ort wieder besetzt. Dann erfolgte ein Angriff der 15. Brigade (4 Bataillone, denen das Freiwilligenkorps der Londoner City zugetheilt war) auf Jacob

dal. Sie nahm die Stadt nach dreistündigem Gefecht mit dem Bajonett, dem die Buren nicht Stand hielten. Das Bataillon Staffordshire und die City-Freiwilligen drangen zuerst in die Stadt ein. Eine weitere Depesche meldet, die 7. Division sei östlich von Koffyfontein über den Rietfluß gegangen und habe den Feind vor sich hergetrieben; die 9. Division sei im Rücken der 6. In Jacobsdal seien nur englische Frauen und Kinder gefunden worden.

Nach der Londoner „Daily News" hat Cronje, der Kommandant der Buren, gedeckt durch die Krümmungen des Modder-River, seinen Rückzug vollziehen können. Es scheint, als ob er zwischen zwei englischen Divisionen bei Jakobsdal durchgeschlüpft sei. Dabei haben die Engländer 78 Wagen seiner Nachhut nördlich vom Modder-River abgeschnitten. Andererseits aber hat der Burengeneral Delarey wiederum einen englischen Transportzug von 200 Wagen beim Uebergang über den Rietfluß bei Waterval abgefangen. Aus Pretoria verlautet auch, daß der Nachtrab der Engländer von den Buren abgeschnitten sei, welche eine Anzahl Gefangene gemacht und eine große Menge Ochsen erbeutet hätten.

Aus „Reuter"-Berichten aus Jacobsdal vom Sonntag geht hervor, daß der Nachtrab der abziehenden Buren in guter Ordnung marschirt; er besetzt nach einander eine Reihe Kopjes, um dem Train, der wegen Erschöpfung der Zugthiere langsam marschiren muß, das Vorwärtskommen zu ermöglichen. Nach den letzten Meldungen befinden sich die Buren in der Nähe der Klipkraals-Drift. Vom Sonntag Abend wird aus Jacobsdal gemeldet: Kelly-Kenny meldet, die Buren halten die die Straße nach Bloemfontein beherrschenden Kopjes stark besetzt und verhindern den weiteren Vormarsch der Engländer. Verstärkungen sind dringend nöthig. Es heißt, General Kitchener führe ihm eine neue Division mit Artillerie zu Hülfe. Der Vormarsch nördlich vom Modder ist vorläufig unterbrochen. Den letzten eingetroffenen Nachrichten zufolge bedrängte die Division des Generals Kelly-Kenny noch immer die auf dem Rückzuge befindlichen Buren. Es wurde weitere Beute gemacht; im Ganzen wurden bis jetzt 150 Wagen der Buren erbeutet. Darin befanden sich auch zahlreiche blecherne Bisquitbüchsen, mit Munition gefüllt, die nach Pretoria über Delagoa-Bay adressirt waren.

Eine „Times"-Drahtung vom 18. Februar besagt: Die Buren auf dem westlichen Kriegsschauplatze sind in voller Flucht begriffen. Sie wurden bei Klift (?) angegriffen. Die Schlacht dauerte den ganzen Tag. — Wahrscheinlich ist Dies der Beginn der Nachhutkämpfe auf dem Wege der Buren nach Bloemfontein. Die englischen Verluste sind auch unerheblich Zwei Lager der Buren wurden erobert; beide waren in größter Eile verlassen worden. Ein Telegramm eines Burenkommandanten wurde vorgefunden, worin er mittheilt, die Buren wären völlig überrascht worden. Wäre Kimbeeley einen Tag später entsetzt worden, so hätten die Engländer die ganze Burenstreitmacht umzingeln können. Die Flucht der Buren ist gehindert, weil ihre Zugthiere übermüdet sind.

Mititärische Beurtheiler in London stimmen in der Ansicht überein, daß, obwohl der Marsch Feldmarschalls Roberts, soweit es sich um den Entsatz Kimberleys handelte, von Erfolg gekrönt gewesen und die Lage entschieden zu Gunsten der Engländer gebessert habe, klar sei, daß der Feldzug jetzt erst ernstlich begonnen habe, und noch viele Hindernisse zu überwinden seien, namentlich die Schwierigkeiten des gefahrvollen Marsches durch Feindesland, wobei die ungeheuren englischen Verbindungslinien den feindlichen Angriffen ausgesetzt seien.

Der Transvaalgesandtschaft in Brüssel wird gemeldet: Infolge des Eindringens der Engländer in den Oranje-Freistaat werden die Oranje-Buren, die an der Belagerung von Ladysmith theilnehmen, in ihr Heimathland zurückkehren, um die Armee des Generals Cronje zu verstärken. Die Burenarmee in Natal erleidet dadurch eine Schwächung, die von General Buller zu einem neuen Versuche, Ladysmith zu entsetzen, ausgenutzt wird. — Nach einer Meldung des Reuter'schen Bureaus aus Maseru (Basutoland) herrscht unter den Burentruppen aus dem Oranje-Freistaat der Unterleibstyphus epidemisch; namentlich vor Kimberley und Colesberg sollen viele der Krankheit erlegen sein. Die Regierung von Transvaal sendet große Truppenmassen nach dem Freistaat. — Kommandant Pretorius und drei andere verwundete Burenoffiziere sind Montag in Arundel an die Buren ausgeliefert worden.

In **Natal** wollen die Engländer ebenfalls siegreich sein. Drahtungen aus dem Lager von Frere von Sonntag melden: Auch die Buren am Tugela sind im Rückzuge. Lord Dundonald besetzte Mittwoch mit Infanterie und Artillerie den Bulgarenberg nordöstlich von Chieveley, von dem aus die Verschanzungen der Buren auf dem Langwanaberge beschossen wurden. Andererseits meldet aber das Reuter'sche Bureau aus dem Hauptlager der Buren vor Ladysmith vom 16. Februar: Gestern, Donnerstag, beabsichtigten die Engländer unsere Streitkräfte zu umgehen, indem sie bei dem Zusammenfluß des Blaauwkrans und des Tugela durchzudringen und den bei Colenso gelegenen Boschkop einzunehmen versuchten; sie wurden aber zurückgeschlagen. Unsere Truppen behaupteten dort alle ihre Stellungen; auf unserer Seite wurden drei Mann leicht verwundet, der Verlust der Engländer ist unbekannt. Um Ladysmith ist alles ruhig. Das Wetter ist andauernd heiß, Regen ist sehr nöthig. — Einen Tag später meldet derselbe Korrespondent: Die Engländer beschossen gestern, Freitag, unsere Stellung beim Buschkop mit Artillerie. Das Geschützfeuer dauert fort.

„Daily Mail" meldet aus Chieveley vom 18. Februar, Abends: Der britische Vormarsch wurde den ganzen Sonntag stetig fortgesetzt. Abends waren die Engländer im Besitze des Cingolohügels und hatten den Monte Christo theilweise erstiegen. Der erste Schuß der Burenartillerie schleuderte eine Hundertpfundgranate in eine Gruppe von 10 englischen Artilleristen und verwundete einen, tödtete vier. Die britischen Gesammtverluste in den letzten drei Tagen betragen 81.

An die Bürger des Oranjefreistaats hat General Roberts eine Proklamation erlassen, in der er sagt, die britische Regierung glaube, daß der Einfall in das britische Gebiet nicht mit allgemeiner Zustimmung der Bevölkerung erfolgt sei, und sei der Ansicht, daß die Verantwortung dafür allein auf die Regierung des Freistaats falle, welche unter unheilvollen Einflüssen von außen her gehandelt habe. Großbritannien hege gegen die Freistaater kein Uebelwollen und sei bemüht, sie vor den schlimmen Folgen zu bewahren, welche die verkehrte Handlungsweise ihrer Regierung mit sich gebracht habe. Zum Schluß fordert Roberts die Bürger auf, sich weiterer Feindseligkeiten gegen die Engländer zu enthalten.

Wieder ein Schiff beschlagnahmt. Aus Port Elizabeth meldet das Bureau Reuter: Das Kanonenboot „Trusty" belegte den auf der Fahrt von Newyork nach der Delagoa-Bai befindlichen Dampfer „Sabine" mit Beschlag, weil Kriegskontrebande an Bord vermuthet wurde. — Ob das Schiff unter amerikanischer oder einer anderen Flagge gefahren ist, geht aus der Meldung nicht hervor.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 20. Februar.

Nach zehn Jahren. Am 20. Februar 1890, heute vor zehn Jahren, fand die Reichstagswahl statt, welche dem berüchtigten, gewissenlosen Kartell den Garaus machte und der deutschen Sozialdemokratie einen Sieg eintrug, wie er bis dahin in der Geschichte der politischen Kämpfe unerhört war. Im ersten Anlauf eroberte damals unsere Partei 20 Mandate und ward mit **1 427 298** Stimmen die stärkste Partei im Reiche. Auch Lübeck stand an jenem Tage wacker seinen Mann. Von 4254 schnellte die Stimmenzahl auf 6394 empor, und in der Stichwahl siegte Genosse Schwartz über den Großkaufmann Fehling; zum ersten Male flatterte die rothe Fahne stolz über der alten Hansestadt an der Trave. Groß war der Jubel der Genossen aller Länder. Heute ballen sich schwarze, gewitterschwangere Wolken am politischen Horizonte. Schwere Kämpfe stehen uns bevor. Doch der opferfreudige Geist, der jene staunenswerthen Erfolge zeitigte, er lebt heute noch in der deutschen Arbeiterschaft. Mag man sie zur Urne rufen — auch Aegir wird seinen zwanzigsten Februar erleben!

Die Gewerkschaftskassirer ersuchen wir freundlichst, uns baldigst die Mitgliederzahl für das 4. Quartal 1899 anzugeben.

Gegen die Flottenvorlage. Die arbeitende Bevölkerung Lübecks hat gestern Abend die Probe auf das Exempel geliefert, welches verlogene Interessenpolitiker aufgestellt haben, daß nämlich im Grunde die Arbeiter für die Ausgeburt des Weltpolitikunfugs, die Flottenvorlage, eingenommen seien. Trotz des abscheulichen, regnerischen und stürmischen Wetters strömten Hunderte und aber Hunderte zum Zirkus, sodaß zur festgesetzten Zeit das große Lokal fast bis auf den letzten Platz gefüllt war. Seit der Reichstagswahl hat kaum eine ähnliche Massenversammlung stattgefunden. Wir schätzen den Besuch auf über 2000 Personen. Das Referat des Reichstagsabgeordneten für Lübeck, Genossen Th. Schwartz, in welchem der ablehnende Standpunkt der Sozialdemokratie trefflich begründet wurde, fand stürmischen Beifall und die entsprechende Resolution ward einstimmig angenommen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort, weder die Flottenvereinler, die hinter verschlossenen Thüren das große Wort führen, noch die Naumännlein, deren Gedankenlosigkeit angeblich in Lübeck wie die Influenza grassirt, fanden den Muth, vor dem Volke Rechenschaft abzulegen für ihr gemeingefährliches Treiben. Sie wissen eben ganz genau, daß die übergroße Mehrheit der lübschen Bevölkerung von dem Flottenhumbug absolut nichts wissen will; deshalb verzapfen sie ihre abgestandene Weisheit dort, wo es ungefährlich ist. Die anwesenden Vertreter der freisinnigen Volkspartei stimmten für die Resolution. — Ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Nummer.

Das Wahlergebniß der Statutenkommission der Sterbekasse „Die Vertrauliche", das wir gestern mittheilten, hat im Adreßhause arg verschnupft. Es wird da von einer „sozialdemokratischen Vereinshausliste" geredet. Da der stille Chef der „Lüb. Anz.", der in vielen Sätteln gerechte, in einige allerdings auch noch nicht hineingestrebterte, Herr Dahms sich unter den Durchgefallenen befindet, ist dieser Ausbruch albernen Aergers entschuldbar.

Einen Zimmerparlier sucht der „Arbeitsnachweis Bauhütte" durch Annonce in bürgerlichen Blättern. Sollte wirklich unter den Lübecker Zimmergesellen keine geeignete Persönlichkeit zu finden sein? Oder ist der Wunsch, einen unorganisirten „Bundesbruder" zu erhalten, die Triebfeder dieses Vorgehens?

Einen bösen Reinfall bereitet sich das Amtsblatt. Es druckt ganz „tutig" einen schnöseligen Brief eines angeblichen Genossen an Bebel ab, ein Machwerk, das selbstverständlich der Feder eines Gesinnungsgenossen der „Lüb. Anz." seine Entstehung verdankt.

= **Arbeiterrisiko.** In dem Stanz- und Emaillirwerk vorm. Carl Thiel u. Söhne quetschte sich am Freitag ein Planirer den Daumen der linken Hand an der Planirbank zwischen Stempel und Planirrolle derartig, daß ärztliche Behandlung erforderlich wurde.

„Größte Vorsicht", so schreibt die „Bremer Bürgerztg.", müssen die Arbeiter bei der Selbstversicherung in manchen sog. Krankenkassen walten lassen. Für eine in Altona domizilirte eingeschriebene Hilfskasse mit Namen „Germania" (dieselbe hat auch in Lübeck eine Filiale. D. Red. d. L. V.) wird hier schon seit längerer Zeit in sehr umfangreicher Weise Propaganda gemacht. Vielfach sieht man große Schilder, durch welche zum Beitritt zu dieser Kasse aufgefordert wird und welche u. a. die verlockende Bemerkung enthalten, „daß die Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung erfolgt." Mancher Arbeiter nun, welcher mit einem geringen Leiden behaftet ist, auf Grund dessen derselbe in einer hiesigen freien Hilfskasse vielleicht Aufnahme nicht finden würde, nimmt, meistens gezwungen durch diejenigen Arbeitgeber, welche Mitgliedern der Ortskrankenkasse die Arbeit verweigern, die Gelegenheit wahr; er läßt sich in die „Germania" aufnehmen, um leichter Arbeit zu erhalten, um aber leider hinterher nur schlechte Erfahrungen zu machen. Es sind uns in sehr vielen Fällen Klagen darüber zu Ohren gekommen, daß genannte Kasse ihren Mitgliedern die Unterstützung verweigert mit dem Vorgeben, daß sie bereits zur Zeit ihres Beitritts mit dieser oder jener Krankheit behaftet gewesen seien, auch wird diesen Personen weder Eintrittsgeld noch Beitrag zurückgezahlt. Aber auch sonst wird von den Agenten dieser Kasse ein Verfahren beobachtet, das mit den Bestimmungen des Statuts unvereinbar. Eine schriftliche Beitrittserklärung, wie sie der § 4 des Kassenstatuts verlangt und in welcher anzugeben ist, ob Antragsteller mit einem körperlichen Leiden behaftet ist, „ohne daß diesbezüglich eine besondere Frage an denselben gestellt wird," wird in keinem Falle eingefordert, vielmehr jedem auf seine mündliche Erklärung hin ein Mitgliedsbuch behändigt. Ferner bestimmt § 5 des Statuts, daß die Aufnahme erst dann als vollzogen anzusehen ist, wenn dem Aufnahmesuchenden hierüber eine schriftliche Bestätigung geworden ist, ohne welche die Mitgliedschaft noch nicht — auch nicht etwa durch Einhändigung eines Mitgliedsbuches — begründet wird. Die Ortskrankenkasse hat in Erfahrung gebracht, daß allen hier am Orte der „Germania" beigetretenen Personen diese schriftliche Bestätigung nicht geworden ist, diese somit Mitglieder der Kasse nicht geworden sind und somit nachträglich der Ortskrankenkasse überwiesen werden müssen, soweit sie der Krankenversicherungspflicht unterstehen. Die hiesige Behörde für Krankenversicherung hat dem dahingehenden Gesuche insoweit Folge gegeben, als für die Zukunft alle solche „Germania"-Mitglieder der Ortskrankenkasse zu überweisen sind. Wir wollen also nicht verfehlen, Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß sie mit dem Beitritt zur „Germania" unter gleichen Verhältnissen keiner der Krankenversicherungspflicht Genüge leistenden Krankenkasse angehören."

Vom Landgebiete. In Beidendorf ist an Stelle des Hufners J. J. H. Scharbau, welcher Vorsitzender wurde, Hufner A. J. Ch. Scharbau zum Mitglied des Gemeindevorstandes gewählt worden.

* **Landesversicherung der Hansestädte.** Im Monat Januar gingen ein an Altersrentenanträgen 31, an Invalidenrentenanträgen 106, an Anträgen auf Rückerstattung der Beiträge gemäß § 42 des Gesetzes 429, gemäß § 43 des Gesetzes 3, gemäß § 44 des Gesetzes 77. Am Schlusse des Monats befanden sich in Lungenheilanstalten u. s. w. 132 Versicherte, davon 11 aus dem Gebiete von Lübeck.

* **Nutzholz-Verkauf.** Am Donnerstag, den 1. März d. Js., Nachmittags 2 Uhr, sollen beim Gastwirth Hidde Israelsdorfer Allee, öffentlich meistbietend verkauft werden Forstort Hasselbruch: 670 amerik. Eichenstangen = 42,10 Fm. (Wagner- und Kiepenholz). 1 Ahornstamm = 0,22 Fm. Forstort Steinkrug: 140 Eichenstangen = 7,10 Fm. (Kiepenholz). Forstort Regel u. Heidkoppel: 220 Eichenstämme = 115,00 Fm. Forstort Schellbruch: 33 Eichenstämme = 17,36 Fm., 1 Buche = 1,51 Fm., 100 Ellernstämme = 22,20 Fm. (Drechslerholz), 7 Eichen = 4,36 Fm. Forstort Schwerin: 4 Hainbuchenstämme = 1,66 Fm., 4 Ypernstämme = 3,43 Fm., 17 Eschenstämme = 13,87 Fm. Spezielle Verzeichnisse liegen vom 22. Februar auf der Stadtkasse aus.

Benzinexplosion. In dem Geschäfte von Henning von Minden in der Breitenstraße explodirte gestern Nachmittag ein Benzinballon, als zwei Lehrlinge, Schlesinger und Pichmann, beschäftigt waren, Bohnerwachs zu kochen. Die jungen Leute hatten die Mischung der Wachsmasse mit Terpentin und Benzin des Regenwetters wegen statt im Freien im Hause vorgenommen. Die zum Theil erheblich verbrannten Leute wurden, nachdem die Aerzte Dr. Liese und Dr. Löwenthal die erste Hülfe geleistet, in das ewangelische Krankenhaus geschafft. Der angerichtete Schaden ist kein sonderlich großer. — Warum verbietet die Polizei nicht ein für alle Male die Verarbeitung des so überaus gefährlichen Benzins innerhalb der Stadt? U. E. ist es überhaupt eine grobe Unvorsichtigkeit, um keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen, eine so verantwortliche Arbeit durch jugendliche Personen vornehmen zu lassen. Heute, wo jede Bagatelle durch ellenlange Verordnungen geregelt ist, könnte man wohl auch in dieser Frage genügende Bestimmungen erlassen.

* **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Der rege Besuch der letzten Sonntag-Nachmittagsvorstellung und der nach jedem Bilde gespendete, rauschende Beifall bewies dieser Tage auf's Neue, wie das prächtige Ausstattungsstück „Frau Venus" nach wie vor auf jeden Zuschauer Eindruck ausübt. Vielen Wünschen zufolge wird daher das Stück morgen, Mittwoch Abend, zu kleinen Preisen noch einmal gegeben. Wir betonen, daß die Aufführung von „Frau Venus" des Abends stattfindet und **nicht**, wie anfänglich festgesetzt wurde, Mittwoch Nachmittag.

* **Eutin.** Holzauktion. Am Freitag, den 23. d. Mts. sollen im Hotel Brahmberg in Malente folgende Holzsortimente öffentlich meistbietend verkauft werden. 1. Dieksee. Eichenstangen 5 Hfn. = 185 Stck., Nr. 1—5, Eichen-Nutzholz: 1 Loos, ca. 2 Fm., Nr. 6. Knickbusch: 11 Hfn., Nr. 7—17. Buchen: 4,07 Fm. Nutzholz in 4 Stämmen, Nr 18—21, 99 Rm. Kluft- und Knüppelholz, Nr. 22—50. Nadelholz: 5 Hfn. Stangen, 225 Stck., Nr. 51 bis 55. 2. Estenstegen. Fichten: 5 Hfn., 104 Stck., Nr. 1—5. Knickbusch: 1 Hfn., Nr. 6. Eichen: 2 Fm. Nutzholz, 2 Stämme, Nr. 1. Buchen: 4,05 Fm. Nutzholz, 2 Stämme, Nr. 2—3, 197 Rm. Scheit- und Knüppelholz, Nr. 4—44. 3. Stennrade. Buchen: 2 Fm. Nutzholz, 2 Stämme, Nr. 1—2, 25 Rm. Kluft- und Knüppelholz, Nr. 3—14. 4. Abel. Buchen: 39 Rm. Scheit- und Knüppelholz, Nr. 1—18. 5. Sieversdorf. Buchen: 185 Rm. Scheit- und Knüppelholz, Nr. 17—55. Eschen: 2 Rm. Olm, Nr. 56. Eichen: 6 Hfn. Stangen, 129 Stck., Nr. 57—62. Zusammenkunft Nachmittags 2 Uhr.

Hamburg. Preßprozeß. Wegen angeblicher Beleidigung des Arbeitgeber-Verbandssekretärs Habersbrunner in München wurde der Redakteur des „Zimmerer", Genosse Bringmann, zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Hamburg. Aus dem Husarenressort. Ueber 100 hiesige Telegraphenbeamte haben gemeinschaftlich das Reichspostamt auf Nachzahlung des ihnen während ihrer Probedienstzeit einbehaltenen Gehaltes verklagt. Der Rechtsanwalt der Kläger, Dr. Vielhaben-Hamburg, theilt nun mit, daß in allen deutschen Oberlandesgerichtsbezirken gleiche Klagen von den Postbeamten anhängig gemacht werden sollen. Weiterhin wurde mitgetheilt, daß bei der Behandlung der Angelegenheit im Reichstage der Staatssekretär v. Podbielski nicht gewußt zu haben scheint, daß die Praxis der Postverwaltung in dieser Hinsicht schon im Jahre 1884 vom Oberrechnungshof beanstandet worden ist. Wie übrigens von der Budgetkommission dem klägerischen Anwalt gesagt wurde, wird die Kommission darauf dringen, daß die Beamten auch ohne Klage zu ihren Rechte kommen.

Flensburg. Eine neue Krankheit. In den „Flensb. Nachr." finden wir folgende Annonce:

„Wegen Flaschenseuche des bisherigen suche per sofort oder Frühjahr einen Kuhknecht event. 3. Knecht.

Th. Matzen, Schwensby per Sörup."

Diesem Angeler Agrarier müßte diese neue, öffentlich ausposaunte Bezeichnung eigentlich patentirt werden.

Hagenow. Vom obotritischen Lehrerelend. Der „Voss. Ztg." wird geschrieben: „Die Stadt Hagenow meint es gut mit ihren Lehrern: sie bewilligt ihnen sogar ein Ruhegehalt. Anstoß zu dieser „Reform" gab das mit dem 1. Januar d. J. in Kraft getretene abgeänderte Invaliditäts- und Altersversicherungs

gesetz, wonach alle Lehrer und Lehrerinnen, die nicht pensionsberechtigt sind, kleben müssen. Das Kleben wollte Hagenow seinen bisher nicht pensionsberechtigten Lehrkräften ersparen, und deshalb bewilligte es ihnen schnell eine Pension von jährlich — 116 Mk." — Die Spießer geben den Ritterschaftlichen nichts nach. Der kleinstädtische Pomuchelskopp konkurrirt auf diesem Gebiete erfolgreich mit den Gutsherren von Hahnenkiepen.

Lübecker Stadttheater.

Die Goldgrube, Schwank in 3 Akten von C. Laufs und W. Jakobi. In einer größeren Provinzialstadt lebt der Rentier und Hausbesitzer Eduard Timmendorf. Er führt ein behagliches Stillleben, wie das seine ziemlich hohe Rente zuläßt. Doch des Lebens ungemischte Freude ward noch keinem Sterblichen zu theil. Auch Timmendorfs idyllisches Rentierdasein soll bald eine Trübung erfahren. In seiner Nachbarschaft wird ein Spezialitätentheater eröffnet, und nun ist seine Ruhe dahin. Der Lärm und das Treiben der gut florirenden „Amorsäle" verleiden ihm das Leben und das um so mehr, als seine Miether wegen der ihnen widerstrebenden Nachbarschaft kündigen. Timmendorf wird fuchsteufelswild, und welcher Rentier würde es nicht werden, wenn er seine Renten geschmälert sieht? Timmendorf also rast gegen den „Tingeltangel", wie er das nachbarliche Kunstinstitut nennt; er spielt sich als Tugendbold auf und schimpft, daß die doch alles verbietende Polizei ein so fragwürdiges Institut wie die „Amorsäle", das geeignet ist, die gute Moral der guten Bürger der Stadt zu untergraben, nicht einfach verbietet. Während so Timmendorf gegen die „Amorsäle tobt, erhält er vom Notar die angenehme Botschaft, daß er, Timmendorf, durch Beerbung eines entfernten Verwandten glücklicher Besitzer des „Tingeltangels" geworden ist und daß die „Amorsäle" für den Inhaber eine wahre Goldgrube sind. O Ironie des Schicksals! Und nun thut Timmendorf, was fast alle Rentiers an seiner Stelle auch thun würden: er läßt vom Notar das Spezialitätentheater weiter verwalten und säckelt lediglich die guten Erträge ein. Vor allen, selbst vor seinen Hausgenossen, verheimlicht er, daß er Besitzer der „Amorsäle" geworden ist, und wenn sie ihn fragen, woher er das viele Geld hat, so schiebt er einen Vetter vor, dem er vor langen Jahren einen Dienst geleistet hat und der nun, nachdem er gestorben, ihn zum Erben eingesetzt habe. Den Schluß kann man sich nun schon denken. Die Flunkerei wird Timmendorf zum Verderben; er geräth von einer Lüge in die andere, und es entstehen die köstlichsten Verwickelungen, bis Timmendorf endlich Farbe bekennt und zugiebt, daß er Besitzer der „Amorsäle" ist. So der kurz skizzirte Inhalt der „Goldgrube." Es ist ein Schwank wie alle, die wir während der letzten Jahre gesehen haben, nicht besser und nicht schlechter. Hohe Anforderungen darf man nicht stellen, man muß vielmehr schon zufrieden sein, wenn solch unsinniges Zeug in ansprechender Form erscheint. Nun, die Herren Laufs (nicht zu verwechseln mit dem Hausdichter der Hohenzollern Joseph Lauff) und Jacobi haben Routine genug; was aus ihren Händen kommt, verfehlt so leicht seine Wirkung nicht und wird bei Leuten, die lediglich ins Theater gehen, um sich ein paar Stunden zu amüsiren, stets einschlagen. Am wirksamsten ist der erste Akt; die beiden letzten Akte werden mehr vom Darsteller der Titelrolle getragen. Herr Bretschneider gab den Rentier Timmendorf in geradezu köstlicher Weise. Solche Rollen zu spielen, macht ihm sichtlich selbst Vergnügen. Nächst ihm war es noch Herr Ziegel (Bennecke), der sich weit über das Durchschnittsmaß der übrigen Leistungen abhob. Es ist nur zu beklagen, daß dieser äußerst talentvolle Charakterspieler mit so unsinnigem Zeug sich abquälen muß. Das fast ganz ausverkaufte Haus nahm den Schwank recht beifällig auf und zeichnete die Darsteller durch mehrfache Hervorrufe aus. Vor der „Goldgrube" war noch Konradin Kreutzer's überromantische Oper „Das Nachtlager in Granada" gegeben worden, ein schwächliches Ding, weder Fleisch noch Fisch. Kreutzer's Stärke lag nun einmal nicht auf dem Gebiete der Oper. Wir haben nur den zweiten Akt gesehen, dessen Aufführung uns im Ganzen befriedigte. -o-

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 19. Februar

Der Schweinehandel verlief ziemlich gut.

Zugeführt wurden 320 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 47—48 Mk., leichte 46—47½ Mk., Sauen 40—44 Mk. und Ferkel 44—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Sonntag Nachmittag 3½ Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann

Heinrich Kaehding

im vollendeten 55. Lebensjahre.

Tiefbetrauert von mir, meinen Kindern und Allen, die ihm nahe standen.

Marie Kaehding
geb. **Hartz.**

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 22. Februar, Mittags 12¾ Uhr, vom Trauerhause, Hartengrube 13/5, aus statt.

Am Montag Morgen 9 Uhr entschlief nach schwerer aber kurzer Krankheit mein lieber Mann der Arbeiter

August Ulmitzer

im 44. Lebensjahre. Tief betrauert von seiner Frau, Kinder und Schwester.

Johanna Ulmitzer Wwe.

Die Beerdigung findet am Freitag Mittag 11½ Uhr vom Allgemeinen Krankenhause aus statt.

Heute Morgen starb plötzlich unsere kleine Tochter im zarten Alter von 2 Tagen.

Wilh. Hoffmann und Frau.
Gr.-Steinrade.

Plötzlich und unerwartet starb nach kurzer Krankheit in letzter Nacht 12 Uhr unsere liebe **Magda** im zarten Alter von 10½ Monaten. Tiefbetrauert von Allen, die ihr nahe standen.

Ernst Kilian und Frau.
Lübeck, den 19. Februar 1900.

Deutscher
Metallarbeiterverband
(Zahlstelle Lübeck.)

Wieder hat der Tod ein Opfer aus unsern Reihen gefordert. Am 17. d. M. starb unser langjähriges Mitglied, der

Schlosser Ludwig Hagemann.

Ehre seinem Andenken!

Die Collegen, die sich an der Begräbnißfeier betheiligen wollen, werden ersucht, Donnerstag den 22. d. M., Vormittags 9 Uhr, im Vereinshaus zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Für die herzliche Theilnahme, sowie die reiche Kranzspende bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, Groß- und Schwiegervaters, **Cl. Fr. Buckow,** unsern herzlichsten Dank.

Th. Vogt und Frau,
Freya, geb. Buckow.
Lübeck, Schwartauer Chaussee 27.

Ein heizb. Zimmer mit sep. Eing.
für einen Herrn oder Frau auf Wunsch möblirt zu vermiethen.
H. Sieckert, Marienthal.

Ein Logis zu vermiethen
Kupferschmiedestraße 1.

Glaserlehrling
gesucht zu Ostern von der Bau- und Bleiglaserei
O. Baroke, Weberstraße 3.

Eine Schneiderin empfiehlt sich
in und außer dem Hause. Offerten unter **E S** an die Exped. d. Bl. erb.

Die blinde **Johanna Möller** bittet um **Arbeit im Rohrstuhlflechten.**
Böttcherstraße 25.

Wegen Platzmangel **ein neues Sopha für 25 Mk. zu verkaufen**
Große Gröpelgrube 21.

Ein fast neues Fahrrad (Eisel) billig zu verkaufen
Kupferschmiedestraße 12.

---

1 leichter Rollwagen mit Bock u. Bremse
zu verkaufen Augustenstraße 14.

Zeugkörbe, Korblehnstühle, sowie sämmtliche anderen Korbwaaren empfiehlt billig
Karl Nielsch jun., Korbmacher,
Engelsgrube 72.

Tritt-Nähmaschinen
(Singer-System) Mk. 50
Eiserne Mangel Mk. 22.50
Gr. Burgstrasse 42.

Am Dienstag den 20. Februar

beginne ich **mit dem Verkauf meines**

Kornkümmels.

Durch Aufstellung der neuesten Maschinen und Apparate und Verwendung des **besten Getreides** liefere ich einen **garantirt reinen Kornkümmel, ohne Hefeabzug.**

Die Hauptniederlagen meines **Kornkümmels** habe ich den Herren

T. Buhrmann, Holstenstraße 23, und
Hans Schütt, Mühlenstraße 40, übertragen.

Dampfkornbrennerei Buntekuh b. Lübeck.
J. J. Wegner Wwe.
i. Vollm. **C. Wegner.**

Auf Obiges Bezug nehmend, empfehlen wir uns den geneigten Abnehmern unter Zusicherung **promptester Bedienung. Wir liefern den Kümmel** in **geaichten Gebinden,** in **Korbflaschen** nach **Litern.**

Hochachtend

Telephon 153. **T. Buhrmann,** Holstenstraße 23.
„ 748. **Hans Schütt,** Mühlenstraße 40.

Meiner geehrten hiesigen und auswärtigen Kundschaft erlaube ich mir zur Kenntnißnahme zu bringen, daß ich mit dem heutigen Tage meinen

Kleinverkauf und Ausschank
hierselbst Beckergrube 66

käuflich an Herrn J. Höppner abgetreten habe.

Für das mir bisher erwiesene Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, solches auch auf den Herrn Höppner zu übertragen.

Lübeck, den 20. Februar 1900. Hochachtungsvoll

Fr. Schlichting
en gros und Comtoir Mengstrasse 40.

Auf Vorstehendes Bezug nehmend, bitte ich das dem Hrn. Schlichting erwiesene Wohlwollen auch auf mich zu übertragen und halte mich dem hiesigen sowie auswärtigen Publikum, meinen Freunden und Bekannten bestens empfohlen und zeichne mit Hochachtung

J. Höppner
langjähriger Lagermeister und Verkäufer bei Herrn J. Schlichting, Untertrave.

Gesucht Schirrmeister und Schiffsbauer
für Fluß- und Klein-Seedampfer.
Guter Accord und guter Stundenlohn. 3 Tage Reise von Lübeck Freie Reise.
Société Anonyme, Wiborg (Finnland).

Achtung!
Centralverband der Maurer

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 21. Februar
Abends 8½ Uhr
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Regelung der Generalfonds-Beiträge für das Jahr 1900.
2. Innere Vereinsangelegenheiten.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen.

Die örtliche Verwaltung.

Möbelkäufern

empfehle ich mein wirklich großes neu complettirtes Lager dauerhaft gearbeiteter

Möbel jeder Art.
Folkers' Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Frische hiesige
Land-Eier
7 Stück 60 Pfg.
C. Harz
Breitestraße 60a. Sandstraße 27.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Die außerordentliche Hauptversammlung findet nicht am Freitag, sondern am
Sonnabend, 24. Februar,
Abends 8½ Uhr, im Bürgerverein statt.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde
(arzneilose Heilweise).

Allgem. öffentl. Vortrag
Mittwoch den 21. Februar
Abends 8½ Uhr
im Concerthaus Fünfhausen.
Redner: Herr **Otto Wagner**
Director der Bilz'schen Naturheilanstalt in Dresden-Radebeul.
Thema: **Diphtherie und Croup.**

Eintrittskarten sind im **Vorverkauf zu 10 Pfg.** bis zum 21. Nachm. 6 Uhr erhältlich bei den Herren G. Weiland, Königstraße 72, C. Wittfoot, Hüxstr. 18, Philipp Gärtner, Hüxstr. 105, u. Wilh. John, Schüsselbuden 5, an der **Abendkasse 20 Pfg.**

Vereinsmitglieder und deren Angehörige — § 3 der Satzungen — haben **freien Eintritt.**

Einladung zum
BALL
der sämmtlichen Arbeiter und Arbeiterinnen der Fischindustrie Lübecks
am Freitag den 9. März 1900
im Concerthaus Flora.
Anfang 8 Uhr. Ende Morgens.
Herrenkarte 75 Pfg., Damen 20 Pfg.
Der Vorstand.

Stadt-Theater.

Mittwoch. Kleine Preise. Anfang 7 Uhr.
Frau Venus.

Dienstag den 27. Februar:
Einmaliges Gastspiel des Ibsen-Ensemble.
„Wenn wir Todten erwachen".

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für den Theil „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verlag: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 43. Mittwoch, den 21. Februar 1900. 7. Jahrgang.

Der Streik der Bergarbeiter.

Aus Wien wird vom 16. Februar geschrieben: Vom Streik ist nichts zu berichten, und das ist das beste. Auch von einem Ausstande gilt das, was man von den Frauen sagt: Das beste Weib ist das, von dem man nicht spricht. Die Bergarbeiter streiken, sie arbeiten nicht, Streikbrecher stören und hemmen nicht ihren Kampf und so kann die kämpfende Armee gelassen abwarten, bis die Noth die hartherzigen Kohlenmagnaten zu Paaren treibt. Die Verhandlungen sind an allen Punkten abgebrochen, sämmtliche Einigungsämter haben ihre Thätigkeit bereits eingestellt, und so ist aus dem jähen Aufflammen der geknechteten Kohlengräber ein echter und hartnäckiger Klassenkampf geworden, dessen Umfang und Festigkeit die größeren Lohnkämpfe der modernen Zeit in den Schatten stellt. Eine wenn auch geringe Hoffnung stützt sich auf den Zusammentritt des Parlaments, der bekanntlich Donnerstag erfolgt. Es ist unzweifelhaft, daß der Streik sofort, vielleicht schon in der ersten Sitzung, zur Sprache kommen wird, und die Kohlenausbeuter werden von dem höchsten Forum des Reichs Worte hören, die ihnen gellend an die Ohren klingen werden. Es ist auch sicher, daß das Abgeordnetenhaus selbst ohne Mithilfe der Regierung die brennende Frage der Achtstundenschicht in Arbeit nehmen wird. Ob die Perspektive, daß die Unternehmer dem Achtstundentag nicht entgehen werden, sie zur Nachgiebigkeit bestimmen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls wird die nächste sechste Woche des Ausstandes auf seine Festigkeit eine schwere Probe sein, aber es ist sicher, daß sie bestanden werden wird.

In Sachsen nimmt der Streik trotz der behördlichen Maßnahmen, über die wir weiter unten berichten, an Umfang zu. In einigen Schächten stand Sonnabend der Betrieb ganz still, so daß auch die wenigen Arbeiter, die erschienen waren, entlassen werden mußten, da sie den Betrieb nicht aufrecht erhalten konnten. Mehrere Gewerke weisen bis zu 70 Proz. Streikender auf. Das Streikkomitee hatte noch einmal den Versuch unternommen, mit den Werkbesitzern zu verhandeln, jedoch ist auch diese Annäherung ergebnißlos verlaufen, da die Besitzer jede Verhandlung ablehnten und alle Forderungen zurückwiesen. Diese Haltung imponirt natürlich den Scharfmachern und man ist in industriellen Kreisen bemüht, so viel wie möglich die Position der Grubenbesitzer zu stärken. So ist in Chemnitz in der Wirkereimaschinenfabrik von Hunger u. Claus eine Bekanntmachung angeschlagen, in der jedem Arbeiter 10 Mark Belohnung zugesprochen werden, für die Angabe, daß in der Fabrik für die streikenden Bergarbeiter gesammelt wird. Sehr hoch muß die Fabrik den Charakter der Arbeiter nicht einschätzen, wenn sie glaubt, auf diese Art Denunzianten heranzuziehen. Solche Verordnungen sind aber vor allem bezeichnend für die Abhängigkeit der Arbeiter und die Behandlung, die ihnen zu theil wird. Der Unternehmer verbietet einfach seinen Lohnsklaven, ihrer Sympathie durch einen Beitrag für die Streikenden Ausdruck zu geben; er greift in ganz willkürlicher Weise in die persönliche Freiheit des Arbeiters ein, er verbietet ihnen, etwas zu thun, was gesetzlich erlaubt ist. Nur weil der Kapitalist die Machtmittel hat, dem Arbeiter Lohn und Beschäftigung zu geben, verlangt er auch die Preisgabe einer Pflicht der Arbeiter gegen die übrigen Arbeiter und drückt sie zu Trägern seiner Interessen herab. Das ist der Terrorismus des Unternehmerthums, gegen den anzukämpfen unausgesetzte Pflicht der Arbeiterklasse ist.

Ueber die Lage im Zwickauer Revier wird geschrieben: Immer mehr und mehr lichten sich die Reihen der Arbeitswillgen. Auf einigen Werken ist der Betrieb gänzlich eingestellt. Auf einigen Werken haben sogar die Maurer und Zimmerleute die Arbeit niedergelegt. Selbstverständlich suchen gegnerische Zeitungen alles aufzubieten, um den Streikenden die Lage als so ungünstig wie nur möglich auszumalen, um Verwirrungen in die Massen zu bringen. Das „Zwickauer Wochenblatt" speziell stellt sich auf die Seite der armen Grubenbarone und leitartikelt gegen die gerechten Forderungen der Bergarbeiter. Die Bergarbeit wird in so rosigem Lichte gemalt, daß wir annehmen möchten, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit die Redakteure der genannten Zeitung sich jedenfalls zur Bergarbeit melden werden. Weiter berichtet das Blatt, daß Herr v. Metzsch, der sächsische Minister des Innern, nachdem er seine Rundreise durch das Revier beendet, auf der hiesigen Amtshauptmannschaft mit den Vertretern der Unternehmer sowie mit Beamten der politischen und der Bergbehörden eine Besprechung gehabt habe. Dort habe Herr v. Metzsch erklärt, auf Befehl des Königs nach hier gekommen zu sein. Am Schlusse der Berathungen habe er ausdrücklich hervorgehoben, daß die königliche Staatsregierung fest entschlossen sei, den Arbeitswilligen energischen Schutz angedeihen zu lassen. Irgendwelche Mittheilung an die Streikenden ist bis heute noch nicht eingetroffen, aber Freitag, nachdem die Besprechung dieser Herren stattgefunden hatte, wurde folgende Bekanntmachung auf den einzelnen Werken erlassen:

Diejenigen Arbtiter, welche bis Dienstag, den 20. Februar dieses Jahres, die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, sind von dem genannten Tage an auf Grund von § 80 a Ziffer 5 des allgemeinen Berggesetzes für das Königreich Sachsen vom 16. Juni 1858 entlassen.

Februar 1900. Die Grubenverwaltung.

Das Blatt sucht die Streikenden einzuschüchtern, indem es andeutet, daß diejenigen, welche nicht zur festgesetzten Zeit zur Arbeit zurückkehren, ihrer Ansprüche an die Knappschaftspensionskasse verlustig gingen. Selbstverständlich lassen sich die Streikenden durch derartige Drohungen nicht beirren.

Auch weiß das Blatt bereits zu berichten, daß Arbeitswillige belästigt und verhöhnt werden, und weist speziell auf einen Fall hin, wo sich bei ihnen ein Arbeitswilliger beschwert habe, daß er auf der Straße verlacht und verhöhnt wurde und förmlich Spießruthen habe laufen müssen. Bekannt ist bis dato hierorts nicht das geringste über Ausschreitungen, im Gegentheil wird allgemein konstatirt, daß die Haltung eine musterhafte ist.

Einige Werke, welche bis heute vollständig arbeiteten, haben sich ebenfalls dem Streik angeschlossen, darunter auch das Werk „Vereinsglück".

Die Streiklisten sind noch nicht vollständig, da immer mehr neue Streikende hinzukommen. Nach unserer Berechnung können wir ruhig behaupten, daß 60 Proz. im Ausstand stehen.

Im Oelsnitzer Revier streiken bis jetzt 3500 Mann. In den nächsten Tagen werden noch eine Reihe Versammlungen stattfinden, und es steht zu erwarten, daß sich die Zahl der Streikenden noch bedeutend vermehren wird. Am Freitag Abend fand in Oelsnitz eine Versammlung statt, die schon lange vor Beginn überfüllt war. Sie wurde besonders interessant durch die Anwesenheit des Amtshauptmanns von Chemnitz. Derselbe griff auch in die Verhandlungen ein, so suchte er die Ausführungen des ehemaligen Bergarbeiters Hemker aus dem Plauenschen Grund zu widerlegen, machte aber durchaus keinen Eindruck auf die Anwesenden. Die Resolution, durch welche zum Ausharren im Kampfe aufgefordert wurde, fand — trotzdem eine Anzahl Steiger anwesend waren — einstimmige Annahme. Der Geist der Streikenden ist ein guter und die Haltung ist mustergültig.

In den bisher vom Streik nicht betroffenen Bezirken Halle, Zeitz, Weißenfels wollten die Bergarbeiter am Sonntag in neun Versammlungen die Forderungen der Bergarbeiter besprechen. Die Bergarbeiter sind darüber, daß die Bergbehörde die Vermittelung abgelehnt hat, sehr aufgeregt.

Im Waldenburger Revier (Schlesien) hat das Gewerkschaftskartell sich vor einigen Tagen mit den Lohnverhältnissen im Bergbau beschäftigt, ein bestimmter Beschluß ist noch nicht gefaßt. Die Verwaltung der „Glückhilf-Friedenshoffnungshütte" hat nach diesen Besprechungen im Kartell mit den Vertrauensleuten der Arbeiter ihres Werkes Verhandlungen gepflogen und den Arbeitern das Versprechen gegeben, am 2. April d. Js. versuchsweise den Achtstundentag einzuführen. Auch die Frage der Lohnerhöhung soll in befriedigender Weise geregelt sein.

* * *

Wie oben angedeutet ist, haben die sächsischen Behörden bereits in den großen wirthschaftlichen Kampf eingegriffen, wie von ihnen zu erwarten war. Die Amtshauptmannschaft Chemnitz, in deren Bereich ein Theil des Streikgebietes liegt, ist sofort auf dem Plane erschienen, um die Bergarbeiter nach Möglichkeit an der Ausübung eines ihnen reichsgesetzlich zustehenden Rechts zu hindern. Die genannte Behörde erließ am Freitag folgende

Bekanntmachung, das sogenannte Streikpostenstehen betreffend.

Das sogenannte Streikpostenstehen bei allgemeinen Arbeiterausständen und jede dem ähnliche Handlung, die dazu bestimmt ist, Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten oder einzuschüchtern, wird, weil dadurch die öffentliche Ordnung und Sicherheit gestört, auch über die Kreise der Arbeitgeber hinaus das Publikum beunruhigt und belästigt wird, hiermit noch ausdrücklich verboten und, falls nicht gerichtliche Bestrafung nach § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung oder polizeiliche Bestrafung ..... eintritt, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark, oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet werden.

Belästigungen in den Wohnungen durch sogenannte Hausagitation werden sich häufig als Hausfriedensbruch darstellen.

Unterschrift der Amtshauptmannschaft.

Das ist wieder ein echtes Sachsenstückchen. Das ist die vielgerühmte Unparteilichkeit der Behörden. Die Unternehmer dürfen thun, was ihnen beliebt, sie dürfen durch tausenderlei Härten, durch Lohndruck und übermäßige Anforderungen an die Arbeitskraft, ja oft genug zum Zweck der Preissteigerung für ihre Produkte die Arbeiter in den Streik treiben. Aber wehe, wenn die Arbeiter sich zur Wehr setzen, wenn sie ihre Kameraden zu einheitlicher Kampfführung zu gewinnen versuchen, sofort erscheint die Staatsgewalt auf dem Platz mit kunstvollsten Gesetzesauslegungen und, wenn diese noch nicht genügen, mit polizeilichen Drohungen, die sich unter der Flagge verbergen, daß die öffentliche Sicherheit bedroht sei. Ja, der Chemnitzer Ukas operirt nicht nur mit ungehörigen Gesetzesauslegungen, sondern ist geradezu wider das Gesetz. Die sächsische Behörde erklärt als strafbar, wenn jemand Streikposten steht, um andre von der Arbeit abzuhalten, ohne daß er dabei irgendwie etwas Ungesetzliches oder Unrechtes begeht. Das ist gesetzwidrig. Die Bekanntmachung muß darum von jedem Gericht, dessen Entscheidung sie unterbreitet wird, selbst von einem sächsischen Gericht, als ungültig erklärt werden. Und noch mehr, die sächsische Behörde fordert die Denunziationssucht heraus, indem sie das Aufsuchen von Arbeitern in ihren Wohnungen, um sie über den Zweck des Streiks zu belehren, als Hausfriedensbruch qualifizirt. So wird in Sachsen das im § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung gewährleistete Vereinigungs- und Ausstandsrecht der Arbeiter auf Umwegen beseitigt.

Die Behörde in Zwickau ist noch weiter gegangen. Sie hat einfach alle Bergarbeiter-Versammlungen im Zwickauer Revier verboten, obwohl die bisherigen Versammlungen in musterhafter Ordnung verlaufen sind. Auch Vergnügungen wurden untersagt. Es herrscht darüber natürlich große Erregung. Telegraphische Beschwerde wurde beim Minister eingereicht. — Auf diese Weise wird den Bergarbeitern die Möglichkeit entzogen, den Konflikt mit den Grubenbesitzern in geordneter Weise durchzuführen. Wahrscheinlich erfolgt das Verbot auf Grund der behördlichen „Annahme", daß durch die Versammlungen die öffentliche

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider-Haggard.

Autorisirte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Rümelin.

40. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Darauf stiegen die Buren ab und gingen auf den Flaggenstock zu, doch nur, um Dom Crofts Flintenlauf auf sich gerichtet zu sehen.

„Ihr werdet mich erst erschießen müssen, Jan,", sagte er; daraufhin verließen sie ihn nach einer kurzen Berathung.

In der That war Silas Croft, obgleich Engländer, doch sehr beliebt bei den Buren, von denen ihn die meisten schon als Kinder gekannt hatten und in deren „Volksraad" er zweimal gewählt worden war. So verdankte er es nur seiner persönlichen Beliebtheit, daß er nicht schon zu Beginn des Aufstandes aus seinem Hause gejagt und gezwungen wurde, zu wählen, ob er gegen seine eigenen Landsleute kämpfen oder eingesperrt oder sonstwie mißhandelt werden wollte.

Nach dieser Flaggenepisode vergingen vierzehn Tage ohne jedes Ereigniß, dann kam die Nachricht von der vernichtenden Niederlage bei Langs Nek, an die Silas Croft zuerst nicht glauben wollte.

„Kein englischer General konnte so verrückt sein", meinte er, doch nur zu bald fand die Nachricht ihre Bestätigung. Noch eine Woche verfloß und dann folgte die neue Kunde von der Niederlage der Engländer bei Ingogo.

Dann trat wieder eine lange Pause ein, während welcher keine bestimmten Nachrichten zu ihnen gelangten, obgleich allerlei Gerüchte in der Luft schwebten, und der alte Silas war glücklich zu hören, daß große Verstärkungen von England unterwegs seien.

„Na, Bessie, bald werden sie aus einem andern Tone pfeifen," sagte er in großer Freude, „und es ist auch wirklich die höchste Zeit. Ich kann nicht begreifen, was mit diesen Soldaten los war."

Und so schleppte sich die Zeit dahin, bis endlich ein Tag kam, den Bessie nie vergessen wird, so lange sie lebt. Es war der 20. Februar, eine Woche vor dem entscheidenden Unglück auf dem Majuba. Bessie stand müssig auf der Veranda und blickte die lange Eukalyptusallee hinunter, wo die Schatten ein dichtes Netzwerk bildeten, um die goldenen Strahlen des Lichtes abzufangen. Das Gut lag so friedlich da, und seinem Aussehen nach hätte niemand denken können, daß in nächster Nähe ein blutiger Krieg entbrannt sei. Wie gewöhnlich gingen und kamen die Kaffern und besorgten ihre tägliche Arbeit — oder thaten wenigstens desgleichen. Ab und zu konnte wohl ein genauer Beobachter bemerken, daß sie innehielten und nach dem Drakensberg hinsahen, und dann mancher mit seinem Nachbar einige Worte über die wunderbaren Ereignisse wechselte. Der Nachbar vertraute ihm darauf an, in welcher Felsenhöhle er heute Nacht mit seinen Weibern geschlafen habe — denn wenn die Buren ausrücken, verlassen die Kaffern ihre Hütten, aus Angst, überfallen und erschossen zu werden. Dann ruhten die beiden Leute einen Augenblick von der Arbeit, tauschten ihre Vermuthungen aus über das Schicksal, das sie erwarte, wenn die Buren die Engländer vernichtet und das Land zurückgenommen hätten; schließlich kamen sie zu dem Ergebniß, es werde für sie wohl am besten sein, nach Natal auszuwandern.

Bessie bemerkte auf der Veranda all diese Bewegungen und vernahm auch ab und zu abgerissene Sätze von der Unterhaltung der Arbeiter, die, so trübe sie auch waren, mit ihren eignen Gedanken zusammenstimmten. Ungeduldig wandte sie sich davon ab und begann zwei eifersüchtige Hähne zu beobachten, die sich unter einem Orangenbaum wüthend bekämpften. Sie thaten dies jede Woche einmal und verbrachten dann den Rest derselben, halb geblendet in einsamer Zurückgezogenheit, jeder unter einem andern Orangenbaum, welche Zurückgezogenheit sie erst zu verlassen pflegten, wenn die Kur soweit vollendet war, daß sie den Kampf von Neuem beginnen konnten. Ein dritter Hahn, jung an Jahren und alt an Weisheit, der es stets ablehnte, zu kämpfen, wenn er herausgefordert wurde, machte sich unterdessen bei den Hennen, dem Gegenstande des Streites, liebenswürdig. Heute war der Kampf ganz besonders heftig, und weil Bessie fürchtete, den Kämpfern könnte schließlich gar kein Auge mehr übrig bleiben, rief sie den alten Burenhund, der auf der Veranda in der Sonne lag: „Hi, Stomp, Stomp — jage sie, Stomp!"

Stomp sprang auf und machte einen anscheinend wüthenden Angriff auf die streitenden Hähne; es war eine Beschäftigung, die ihm vertraut war, und die ihm zu beständigem Vergnügen gereichte. Diesmal hörte aber, als er gerade auf die Bäume losstürzte, seine geheuchelte Wuth plötzlich auf und statt ihrer trat ein Ausdruck von wirklichem Widerwillen auf sein ehrliches Gesicht, wobei sich die Haare an seinem Rückgrat aufrichteten wie die Stacheln eines verdrießlichen Stachelschweines, und er begann zu knurren.

„Ein fremder Kaffer, vermuthlich," sagte Bessie zu sich selbst.

Stomp haßte fremde Kaffern. Kaum hatte sie die Worte gesprochen, so bewies die Erscheinung eines Eingeborenen die Richtigkeit derselben. Es war ein schurkisch aussehender, einäugiger Bursche, nur mit einem paar lumpiger Beinkleider bekleidet, die mit einem schmierigen Lederriemen um die Lenden fest gebunden waren; in seiner Wolle aber steckten mehrere kleine, aufgetriebene Blasen, wie sie die Zauberärzte zu tragen pflegen. In der Hand trug er einen langen, an einem Ende gespaltenen Stock und in dem Spalt steckte ein Brief.

„Hierher, Stomp!" rief Bessie, und währenddem zuckte ihr eine kühne Hoffnung durchs Herz, wie ein Meteor durch die Nacht; vielleicht war der Brief von John.

Ordnung gestört werden könnte. Thatsächlich ist diese Annahme völlig unbegründet, und selbst sächsische Behörden sollten begreifen, daß durch ihr Vorgehen nur Erbitterung in die Arbeitermassen getragen und der Kampf zwischen Arbeitern und Grubenkapitalisten verschärft und verlängert wird.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Ausgesperrt sind die Zimmerer in Joachimsthal und eine Anzahl Zimmerer in Köln. Platzsperren sind verhängt in Barth. — Der Streik der Magdeburger Hafenarbeiter nimmt nach der dortigen „Volksstimme" größeren Umfang an. Am Neustädter Hafen wurden fünf Mann gemaßregelt, welche der Direktion die Forderungen der Hafenarbeiter unterbreitet hatten. Die Streikenden stellten darauf erneute Forderungen, welche seitens der Direktion abgelehnt wurden. Die Arbeiter beschlossen darauf, am Neustädter Hafen die Arbeit niederzulegen. Die Arbeit ruht außerdem noch bei Brandt u. Knoche, Efrem u. Bicknase und Schulze u. Ko. Am Packhofe sollten die Arbeiter die von den Streikenden verweigerten Arbeiten verrichten. Sie weigerten sich selbstverständlich, dieses zu thun. Die Möglichkeit, daß es dieserhalb am Packhofe zur Arbeitsniederlegung kommt, ist groß. Am Neustädter Hafen ruht die Arbeit vollständig. — Sämmtliche Schneider der Firma Uhlig in Deuben, „mechanische" Kleiderfabrik (ca. 30 an der Zahl), haben die Arbeit wegen wiederholter Lohnabzüge niedergelegt. Uhlig sucht nun überall, hauptsächlich in Böhmen, nach Arbeitern. — In Münchener Scharfmacherkreisen besteht die bestimmte Absicht, am 1. März sämmtliche Tischler auszusperren, wenn dieselben die Wiedereinführung des Zehnstundentages und Beseitigung der Garantie des Tagelohnes nicht anerkennen wollen. Die Firma Ballin, bayerische Hofmöbelfabrik, sucht in auswärtigen Blättern 20 Möbeltischler; da der Firma aus der Zahl der Münchener arbeitslosen Möbeltischler genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, so wird ersucht, den Zuzug nach München fernzuhalten. — Der Formerstreik bei der Firma Bauer u. Co. in Höchst a. M. wurde wegen Aussichtslosigkeit auf Erfolg aufgegeben. Es hatten sich zu viel „Arbeitswillige" eingefunden. — Aus Antwerpen wird berichtet: Eine Anzahl Arbeiter der Red Star Linie stellte die Arbeit ein. Auf polizeiliche Aufforderung verließen die Ausständigen den Staden. Die Heizer und Kohlentrimmer der Kongodampfer verlangen eine Erhöhung ihres Monatsgehalts. Der Ausstand der Schiffsausbesserer dauert fort. — In Carmaux hielten die Grubenarbeiter am Donnerstag, den 14. Februar d. J., eine Versammlung ab. Hierbei kam ein Schreiben der Bergwerksbesitzer zur Verlesung, worin dieselben die Arbeitseinstellung für die Dauer der Unterhandlungen akzeptirten. Jaures hatte die Rolle eines Schiedsrichters, welche ihm von den Arbeitern angeboten wurde, abgelehnt; doch bestätigten die Arbeiter in einer neu einberufenen Versammlung das Votum, Jaures zum Deputirten zu wählen.

Parteiorganisation. Die Parteigenossen in Bernburg haben die Führung sämmtlicher Parteigeschäfte für die Stadt dem sozialdemokratischen Verein übertragen. Für den Kreis bleibt das Vertrauensmännersystem bestehen.

Strafe muß sein. Das Landgericht in München hat die fünf sozialdemokratischen Redner, die in Parteiversammlungen die Zuchthausvorlage ein Schandgesetz genannt hatten, wegen „groben Unfugs" zu 20 Mk. Geldstrafe verurtheilt, d. h. die Berufung gegen das gleiche schöffengerichtliche Urtheil verworfen. Das Landgericht hatte die Angeklagten schon einmal freigesprochen, das Oberlandesgericht aber dieses freisprechende Urtheil aufgehoben.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Gegen das Gönczische Ehepaar ist nunmehr von der Staatsanwaltschaft in Berlin die Anklage wegen Mordes resp. Begünstigung bei dem Morde der Gypsschulzen und ihrer Tochter erhoben. Die Verhandlung dieser Sache dürfte schon in der nächsten Schwurgerichtssession stattfinden. — Der Mordversuch und darauf folgende Selbstmord eines Falschmünzers, der anscheinend aus Berlin gekommen war, bilden in Brandenbrg a. H. das Tagesgespräch. Dort ist ein Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte, nach Verausgabung falscher Zweimarkstücke festgenommen worden. Geräth und Materialien zur Herstellung des falschen Geldes wurden in seinem Besitz vorgefunden, so daß bezüglich seiner Schuld ein Zweifel nicht bestand. Auf der Polizeiwache feuerte der Arrestant auf einen Polizeibeamten aus einem Revolver, den er bei sich führte, einen Schuß ab, der den Beamten zum Glück nur streifte; er erschoß sich hierauf, ehe er an dem Selbstmord gehindert werden konnte. — Das Schwurgericht in Potsdam verurtheilte Sonnabend den Mörder Köberle, welcher am 4. Januar in einem Gasthause in Werder seine Frau und sein Kind ermordete, zum Tode. — Was ist die Liebe? Diese Frage hat, nach Berliner Blättern, dieser Tage ein Gymnasiallehrer in einer Geographiestunde seinen Sekundanern gestellt. Die Antworten fielen in der mannichfachsten Art aus; das poetische und reizvolle Thema schien die jungen Herren schon recht gründlich beschäftigt zu haben, Aber es gelang ihnen nicht, mit ihren schwungvollen Antworten und Erklärungen den Beifall ihres Lehrers zu gewinnen. Er verwies sie vielmehr dahin, daß die Liebe — ein rechter Nebenfluß der Weichsel ist. — Eine Aufsehen erregende Verhaftung ist in Breslau vorgenommen worden. Es handelt sich um den Oberpostassistenten W. vom dortigen Postamt 1. Dieser stand schon längere Zeit im Verdachte, bei dem Verschwinden von Einschreibesendungen seine Hand im Spiele zu haben. Es konnte ihm aber, trotzdem er bereits in Untersuchungshaft gesessen hatte, eine direkte Schuld nicht nachgewiesen werden. Namentlich hatten die mehrfach vorgenommenen Haussuchungen nicht das gewünschte Resultat. Kürzlich nahm nun W. Urlaub, um seine kranke Mutter in Salzbrunn zu besuchen. Thatsächlich begab er sich nach Braunau in Oesterreich und wechselte dort eine österreichische Banknote über einen hohen Betrag. Hierbei stellte er sich dem betreffenden Bankier als Hauptmann W. aus Breslau vor. Da diese Banknoten selten sind und auch demnächst eingezogen werden, kam dem Bankier die Sache verdächtig vor. Er ließ den angeblichen Hauptmann durch einen seiner jungen Leute beobachten und fragte nach Breslau an, ob dort ein Hauptmann W. bekannt sei. Da W. dem Bankier seine richtige Wohnung angegeben hatte, wurde sofort ermittelt, um wen es sich handle und die Verhaftung des W. angeordnet. Ferner wurde auch die Frau des Postbeamten in Untersuchungshaft genommen. — Der Millionär Krautstofel in Wien, über dessen Festnahme unter schwerer Beschuldigung wir kürzlich berichteten, ist freigelassen worden, da sich die Unhaltbarkeit der gegen ihn durch seine eigene Tochter Aloisia erhobenen Anklage der Blutschande herausgestellt hat. Gleichzeitig mit Krautstofel wurde auch die Hebamme Brigitta Sauer enthaftet. Seine Tochter Aloisia Krautstofel selbst erwies sich als eine moralisch verkommene und überdies an hochgradiger Hysterie leidende Person, welche nach Ausspruch der Gerichtsärzte für ihre Handlungen kaum verantwortlich zu machen ist. Auch sie wurde in Freiheit gesetzt und die Untersuchung gegen sie eingestellt. — In Hapsal (Rußland) erregte dem „Eesti Posi" zufolge die Arretirung des Schriftführers des Kreismilitärchefs Lucha und seines Freundes Kirschbaum große Sensation, welche an zur Ableistung der Wehrpflicht Einberufene gefälschte, vom Militärdienst befreiende Scheine verkauft haben. Wie die Untersuchung ergeben, sind von Lucha und seinem Agenten Kirschbaum über achtzig gefälschte Billette verkauft worden. — Bei Baku ist der Dampfer „Moissei", Eigenthum der Firma Nobel, untergegangen, Von der aus 23 Mann bestehenden Besatzung wurden nur zwei als Leichen wiedergefunden. — In Vergoraz (Dalmatien) wurden sämmtliche Gemeinderäthe mit dem Bürgermeister sowie auch der Pfarrer infolge einer Betrugsanklage verhaftet und durch Gendarmen nach der Strafanstalt in Spalato gebracht. — Wie statistisch festgestellt wird, hat seit Ausbruch des Krieges in Südafrika die Zahl der Verbrechen, die in England begangen wurden, stark abgenommen. Das wird einerseits darauf zurückgeführt, daß viele Müßiggänger, die die Beschäftigungslosigkeit und der Trunk zum Verbrechen trieb, nach Südafrika gingen, wo sie nun unter strammer Disziplin stehen, und andererseits darauf, daß in England viele Stellen verschiedenster Gattung infolge des Abzuges vieler Freiwilliger nach Südafrika mit Leuten, die arbeitslos umhergingen, neubesetzt werden konnten.

Die Pioniere der lex Heinze. „Eine Anzahl Großheubacher Männer", schreibt das „Würzb. Journal", „schafften sich das Buch „Diehls Heilverfahren" an, worin Abbildungen des menschlichen Körpers usw. enthalten sind. Dies erfuhr der Pfarrer und ließ die Bücher durch Frauen einsammeln mit dem Bemerken, er wolle mal das Buch ansehen, um sich selbst eines anzuschaffen. Statt dessen schnitt er aus den Büchern 60 bis 80 Seiten heraus und schickte so die Bücher, von denen eines circa 12 Mk. kostet, wieder an die Eigenthümer zurück. Vorher soll er beim Bezirksamt gewesen sein, um sich zu erkundigen, ob die Bücher nicht verboten werden könnten, was verneint wurde. Vier der Betroffenen ließen sich die Geschichte nicht gefallen und übergaben die Sache einem Miltenberger Rechtsanwalt. Der Pfarrer ließ nun die Leute auf das Rathhaus laden, wo in Gemeinschaft mit dem Großheubacher Bürgermeister so auf die Leute eingewirkt wurde, daß diese die Klage wieder zurückgezogen haben; der Pfarrer bezahlt die bisher entstandenen Kosten, jedoch die zerschnittenen Bücher braucht er nicht zu ersetzen." — Es ist nur zu bedauern, daß sich die vier Großheubacher haben einschüchtern lassen und nicht den Klageweg weiter beschritten haben. Auch dieses lehrreiche Beispiel zeigt, wohin wir unter dem Zeichen der lex Heinze gelangen können.

Der verführerische Adonis. Das Kreisgericht in Eger hat einen Steckbrief erlassen gegen den 34jährigen ehemaligen Südfrüchtehändler Otto Fritz, zu Preßburg geboren, verheirathet, der zuletzt eine Restauration in Karlsbad besaß und verdächtig ist, die 22jährige Kanzlergehülfengattin Bertha Schober, geborene Poschibal, sammt ihrem 3jährigen Sohn Hans entführt zu haben. Fritz spricht lebhaft und im Wiener Dialekt, reibt sich beim Sprechen die Hände, schielt ein wenig, ist etwas blatternarbig und hat etwas gekrümmten Rücken.

Eine kleine Erdsenkung hat am Montag in Brüx stattgefunden. Auf der Johrsdorfer Straße entstand durch Nachbrechen der Erdschichten über einem kleinen Hohlraum eine über zwei Meter tiefe Pfunge, in die ein Pferde stürzte. Das Ereigniß ist ohne Bedeutung; nach Verschüttung der Oeffnung blieb der Verkehr unbehindert.

Drei hohe russische Offiziere sind nach Sibirien verbannt worden. Der Zar hat laut amtlicher Bekanntmachung im Petersburger „Regierungsboten" die Urtheile des Petersburger Militärgerichts bestätigt, wonach der Generalmajor im Donschen Kosakenheer Flowaiski wegen Vergehens als Kommandeur der Leibgarde-Kosaken des Kaisers, der Oberst Popow als Adjutant des Kommandeurs der Leibgarde-Kosaken des Kaisers, und der Stabsrittmeister Kundrjuzki als stellvertretender Geschäftsführer des wirthschaftlichen Theils der Verwaltung des Kosakenheeres zum Verlust des Adels, ihrer Chargen und Orden, zur Entziehung der Standesrechte und zur Verbannung nach dem Gouvernement Tomsk bezw. Perm verurtheilt worden sind. Ferner wurden für dasselbe Vergehen drei Kanzleibeamte der Bezirks-Intendantur-Verwaltung verurtheilt.

Heiteres. Das neue südafrikanische A-B-C, In Afrika giebt's Afrikander; Alt-England geht bald auseinander. — Die Buren schießen aus den Gräben, Die Briten meistentheils daneben. — Joe Chamberlain ist ein Minister, Doch was für einer, na, das wißt 'r! — Dumdum, der Name sagt's schon an, Gehört zum edlen Englishmann. — Einbrechern fehlt oft die Erfahrung, Den Eingeschloss'nen meist die Nahrung. — Die Buren-Flinten fehlen nie, obwohl blos „Made in Germany!" — Die Horse-Guards, die sind leichtverhaulich, Haubitzenkugeln schwerverdaulich. — John Bull wird's nimmermehr vergessen; Mit Joubert ist schlecht Kirschen essen! — Um Kimberley steht's miserabel; Der Englishmann liegt nur per Kabel. — Der Lange Tom poussirt so heiß Die Lady Smith, daß — na, wer weiß . . — Der Mauser ist ein böses Rohr, Lord Methuen hat Respekt davor. — In Natal schiebt der Bure Kegel Und Alle Neune in der Kegel. — Ohm Paul erhält jetzt viel Visiten Von eingefang'nen Khaki-Briten. — Die Quintessenz der Schießerei: „Macht recht viel Qualm und trefft vorbei!" — Rosebery möchte weiter kriegen: Die Rothröck werden weiter „siegen". — Der Spionskop ist etwas eckig, Dem Warren ging's dort neulich dreckig! — Tugela nennt sich jener Fluß, Den Tommy Atkins meiden muß. — Es sieht, beim allgemeinen Reißaus, Der „Union-Jack" jetzt öfters weiß aus. — Vitoria schluchzt in ihren Schleier; Der Prinz von Wales sucht Selbstdarleiher. — Mit X giebt's kaum ein brauchbar Wort, Die Yeomanry läuft sicher fort. — O mög die Zukunft dies erschauen: Das Räubervolk total verhauen! . . . (Aus der „Münchner Jugend".)

Der Hund gehorchte ihr widerwillig, denn er liebte diesen Kaffer offenbar nicht; als er sah, daß Stomp aus dem Wege war, kam der Kaffer ihm geschwind nach. Er war ein unverschämter Bursche und nahm keine andere Notiz von Bessie, als daß er sich vor ihr in den Fahrweg niederkauerte.

„Was giebt's?" fragte Bessie auf holländisch mit zitternden Lippen.

„Einen Brief."

„Gieb ihn mir."

„Nein, Missie, nicht bis ich Sie angesehen habe, ob Sie auch die Richtige sind. Lichtes, gelbes Haar, das sich kringelt — eins," zählte er an einem Finger; „so, das ist richtig; große blaue Augen — zwei, das stimmt auch; groß und stark und schön wie ein Stern — ja, der Brief ist für Sie, nehmen Sie ihn," und er stieß den langen Stock in die Höhe, ihr beinahe in's Gesicht.

„Woher kommt er?" fragte Bessie, von plötzlichem Verdacht erfaßt einen Schritt zurücktretend.

„Von Wakkerstroom zuletzt."

„Von wem ist er?"

„Lesen Sie ihn und Sie werden es sehen."

Bessie nahm den in ein Stück altes Zeitungspapier gewickelten Brief aus der Spalte des Stockes und drehte ihn zweifelnd nach allen Seiten. Die meisten Menschen haben Rißtrauen gegen ungewöhnlich aussehende Briefe, und dieser sah sehr ungewöhnlich aus; hauptsächlich trug er keine Aufschrift und der Umschlag war mit nur wenig Lack gesiegelt.

„Bist du sicher, daß der Brief an mich ist?" fragte Bessie.

„Ja, ja — gewiß, gewiß," antwortete der Eingeborene mit frechem Lachen „Es giebt nicht viele weiße Mädchen in Transvaal. Ich habe mich nicht geirrt; ich habe Sie aufgespürt." Und nun begann er sein Verzeichniß zu wiederholen: „Gelbes Haar" ꝛc.

Endlich öffnete Bessie den Brief; er enthielt ein gewöhnliches Blatt Papier in einer kühnen, festen, aber etwas ungeübten Schrift beschrieben, die Bessie wohl kannte und deren Anblick sie mit einer schlimmen Ahnung erfüllte; — es war Frank Müller Hand.

Sie wurde starr und kalt, aber sie mußte lesen wie folgt:

„Im Lager bei Pretoria, den 15. Februar.

„Liebe Miß Bessie:

„Es thut mir leid, daß ich Ihnen schreiben muß, aber obgleich wir kürzlich in Streit gerathen sind, und auch Ihr guter Vater mit mir in Fehde lebt, halte ich es doch für meine Pflicht und sende Ihnen dies durch einen besonderen Boten. Gestern machten die armen Leute in Pretoria, die jetzt so abgemagert sind wie die Ochsen auf der Hochebene vor dem Frühling, einen Ausfall. Unsere Waffen waren aber wieder siegreich; die Rothröcke liefen davon und ließen ihre Ambulanz in unseren Händen; sie hatten sehr viele Todte und Verwundete. Unter den Todten war Kapitän Riel —"

Hier stieß Bessie einen halberstickten Schrei aus und ließ den Brief von der Veranda hinab fallen, während sie einen Pfosten derselben mit beiden Händen fest umklammerte.

Der wiselige Eingeborene unten grinste, hob das Papier auf und gab es ihr wieder.

Sie nahm es, denn sie wollte alles wissen, und las weiter, wie man in einem schrecklichen Traume liest:

„der auf Ihres Onkels Farm gelebt hat. Ich habe ihn nicht selbst fallen sehen, aber Jan Vanzyl hat ihn erschossen und Roi Dirk Osthuizen und Carolus, ein Hottentotte, sahen, wie er aufgehoben und fortgetragen wurde. Sie sagen, er sei ganz todt gewesen. Ich fürchte, es wird sie betrüben, wie es auch mich betrübt, aber das ist das Kriegsgeschick, und er ist tapfer kämpfend gefallen. Meine gehorsamen Empfehlungen Ihrem Herrn Onkel. Wir sind in Unfrieden auseinandergegangen, aber ich hoffe, daß ich unter den neuen Verhältnissen hier im Land ihm zeigen kann, daß wenigstens ich keinen Groll mehr hege. — Ich bin, liebe Miß Bessie, Ihr gehorsamer Diener

Frank Müller."

Bessie steckte den Brief in Ihre Tasche und hielt sich dann wieder an dem Pfosten der Veranda fest, während es ihr war, als ob das Licht des Tages vor ihren Augen verlösche und einer kalten Finsterniß weiche, in die kein Schimmer des Lichts mehr fiel. Er war todt! — ihr Geliebter war todt! Aller Glanz war aus ihrem Leben verschwunden und sie stand trostlos und allein in der Nacht. Sie wußte nicht, wie lange sie so gestanden und auf den Sonnenschein geharrt hatte, den sie nicht sehen konnte. Der Begriff der Zeit war ihr entschwunden, sie sah und wußte nichts von dem, was sie umgab; alles, was sie wußte, war die eine übermächtige, vernichtende Thatsache — John war todt!

„Missie," sagte der Unheilsbote gähnend von unten, indem er sein Auge auf ihr schmerzdurchwühltes Gesicht richtete.

Sie antwortete nicht.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Halle